

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich K 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erhebt mit Ausnahme
des Montag (giltig ist)

6. Jahrgang.

Donnerstag, 22. April 1926.

Nr. 95.

„Depologie“.

Der vor einigen Tagen zu Ende gegangene Prozeß gegen einige Offiziere des Brünner Monturdepots hat die Sprache um ein neues Wort bereichert. Es heißt „Depologie“. Das ist nicht die lateinische Bezeichnung einer neuen Wissenschaft — hier muß sich der Historiograph selbst unterbrechen, denn Depologie ist doch die Bezeichnung einer Wissenschaft, wenn auch keiner allzu neuen, nämlich der Wissenschaft, durch allerlei Manipulationen und Betrügereien das Aetaz über's Ohr zu hauen. Depologie ist eine Ableitung des Wortes Depot; der Sinn dieses Wortes ist: sich in den im Monturdepot beliebten Praktiken gut auszukennen. Es gibt Neulinge, die noch so naiv oder unerfahren sind, daß sie es nicht verstehen, durch dunkle Manipulationen sich einen „Nebenverdienst“ zu verschaffen, und es gibt, nach dem Geständnis der angeklagten Offiziere „Depologen“, das heißt gerissene und geriebene Praktiker, die das Geschäft verstehen, „Nebenverdienste“ zu erzielen und daraus bald ihren Hauptverdienst zu machen, so daß sie die Gage daneben nur als ein Trinkgeld ansehen. Depologie — man muß sagen, die Herren, die einem Stand angehören, aus dem man, ach, so gerne wieder einen bevorrechteten und höheren machen möchte, haben bei den Betrügereien, die sie am Staatsgut verüben, ihren guten Humor bewahrt. Sie müssen sich in ihrem Treiben schon sehr sicher gefühlt haben, wenn ihre heiterfrohe Lebensauffassung solche Blüten treiben konnte.

In dem Brünner Prozeß waren fünf Offiziere des Mißbrauchs der Amtsgewalt angeklagt, begangen dadurch, daß sie von verschiedenen Fabrikanten, welche das Monturdepot belieferten, Bestechungsbeiträge annahmen, wofür sie bei Lieferung minderwertiger Waren gefällig beide Augen zudrückten. Die Korruptionsaffären haben sich in in der Tschechoslowakischen Republik in den letzten Jahren außerordentlich gehäuft, und dieser jüngste Fall beweist, daß es das allererschlechteste Mittel war, um das freßende Korruptionsgeschwür auszumergen, der Presse durch die Aenderung und Verschlechterung des Pressegesetzes einen Maulkorb umzuhängen. Von all den zahlreichen Affären war diese, neben der Benzinaffäre, die einzige, die bis vor die Schranken des Gerichtes gelangte, die „Depologen“ trieben es eben gar zu arg, und das Aufsehen, das die Aufdeckung der Geheimnisse des Brünner Monturdepots seinerzeit hervorrief, war ein zu großes, als daß man die Sache hätte im Sande verlaufen lassen können. So wurden denn die Wände des Monturdepots einige Tage für die Bevölkerung durchsichtig und sie hatte Gelegenheit, einiges von den Zuständen zu sehen, die den angeklagten Offizieren das einträgliche Geschäft, sich bestechen zu lassen, ermöglichten.

Von den fünf Offizieren wurden vier verurteilt, einer freigesprochen. Auch die Verurteilten haben milde Richter gefunden, denn die Strafe lautete auf Kerker in der Dauer von sechs Wochen bis zu drei Monaten, doch alle Strafen, mit Ausnahme eines Falles, sind bedingt. Zwei der Angeklagten, darunter der unbedingt Verurteilte, haben die Strafe durch die Untersuchungshaft bereits verbüßt, so daß alle Verurteilten auf freien Fuß kamen. Die Folge des Prozesses besteht also im wesentlichen nur in der Beendigung der Haft aller Verurteilten, aber schließlich ist das nicht die Hauptsache. Das Wesentliche sind auch nicht die Personen, die sich wegen der begangenen Verfehlungen zu verantworten hatten, sondern ist das System, das unsichtbar und sichtbar vor den Schranken des Gerichtes stand, das System, das nicht angeklagt war, das aber angeklagt zu werden im höchsten Maße verdient, und das ausgerottet werden muß, das System, das die „Depologen“ züchtet.

Es geht nicht an, die Ergebnisse des Prozesses mit dem Hinweis, menschliche Schwäche und die Genußsucht Einzelner, die über ihre Verhältnisse leben wollen, seien die Schuld an dieser Korruptionsaffäre, abzutun. Menschliche Unzulänglichkeiten hat es schließlich immer ge-

geben, dennoch haben sie niemals in so bedenklicher Weise wie hier die Korruption zu einer förmlichen Massenerscheinung gemacht. Daß aus einer einzigen staatlichen Anstalt gleich fünf Offiziere wegen Mißbrauch ihres Amtes angeklagt werden konnten, das deutet darauf hin, daß etwas in den Verhältnissen faul sein muß, daß die Voraussetzungen für das so üppige Blühen der Korruption vorhanden sind, und daß der Fisch vom Kopfe sinkt. Einer der Verteidiger konnte sich im Plädoyer mit Recht auf die skandalöse Wirtschaft im Monturdepot berufen, und konnte darauf hinweisen, daß die Vorschriften, nach denen vorzugehen ist, ununterbrochen geändert werden, so daß sich niemand auskannte, welche der Vorschriften eigentlich zu Recht bestehen. Als einmal einer der Angeklagten einen Verlust, entsprechend den Vorschriften melden wollte, wurde er vom Vorgesetzten davon mit der Bemerkung abgehalten, er kenne sich in der „Depologie“ noch nicht genügend aus. Dieser Verteidiger konnte mit Recht auch sagen: „In dieser Sache ist mir eines klar, daß alles unklar ist“, und zusammenfassend prägte er das Wort: „Der Augiasstall war geradezu ein Salon gegen das Monturdepot.“ Den Angeklagten war zur Last gelegt worden, die Lieferheine seien falsch ausgestellt gewesen, aus den Aussagen der Zeugen aber war ersichtlich, daß niemand recht wußte, welche Rubriken der Lieferheine für die richtige Eintragung maßgebend seien. Einmal ordnete das Ministerium für nationale Verteidigung an, gelieferte Waren nur nach Prüfung auf ihre Qualität mit Vorbehalt der späteren Prüfung auf ihre Quantität zu übernehmen, ein andermal kam ein Erlaß, Waren könnten von „reellen Firmen“ auch ohne Qualitätsprüfung übernommen werden. Die Vorschriften waren, wie aus der Verhandlung hervorging, solche, daß ihre strenge Befolgung der Ausübung einer passiven Resistenz gleichgekommen wären. Ganz allgemeiner Mißbrauch scheint es gewesen zu sein, die Zahl der Decken dadurch künstlich zu vermehren, daß zwei Decken zerschneiden und drei daraus gemacht wurden. Die stärkste Sache war wohl der Fall Frank. Eine Lieferung dieser Firma war beanstandet worden, weil der gelieferte Stoff nicht einmal die Reißprobe bestand. Doch schon am nächsten Tage befahl das Ministerium für nationale Verteidigung, den Stoff zu übernehmen und zu bezahlen. Ohne die Ware gesehen zu haben, erklärte das Ministerium, zweifellos sei — das Dynamometer schuld. Der Apparat wurde geprüft und fehlerlos befunden. Dennoch erhielt der Uebernahmsoffizier eine Rüge! Dabei handelte es sich um Ware im Werte von 400.000 Kronen! Wink und „Nasen“ von „oben“ wegen zu strenger Handhabung der Uebernahmbestimmungen kamen öfters! Eine erstaunliche Manipulation war auch die in den Jahren 1922 und 1923 erfolgte Weisung des Ministeriums für nationale Verteidigung, wegen Richterschöpfung des Militärbudgets noch rasch vor Jahres- schluß Massenkäufe vorzunehmen. Daß dabei der Staatschatz um viele Millionen geschädigt wurde, das scheint das Ministerium nicht weiter berührt zu haben.

Ueber die Offiziere ist das Urteil gefällt. Nach allem, was der Prozeß zutage gefördert hat, sind sie nicht die allein Schuldigen. Die Bevölkerung, die gezwungen ist, alljährlich für den Militarismus riesige Opfer zu bringen, hat ein Recht darauf, zu verlangen, daß nicht nur die unmittelbar Schuldigen an der gewissenlosen Verschleuderung des Staatsgutes, sondern auch die Ursachen dieser Erscheinungen, Schlen- drian, Leichtsinns, hirnloser Bürokratismus, aus der Verwaltung ausgerottet werden. In der österreichischen Armee hat es in vielen Jahrzehnten nicht annähernd soviel Korruptionsfälle gegeben, als hier in eben soviel Jahren. Das muß zu denken geben und muß die Verantwortlichen zum Handeln gegen die „Depologie“ treiben. Das Ministerium für nationale Verteidigung hätte alle Ursache, das Wort zu ergreifen, aber auch den Befehl zum Auswischen.

Der Kampf um die festen Zölle beginnt!

Vorkoß der tschechischen Agrarier im Senat. — Die deutschen Agrarier klatschen Beifall. — Auch die tschechischen Klerikalen unterstützen die grüne Internationale.

Prag, 21. April. Die Annahme, daß die heutige Senatsitzung, die zur Erledigung einiger terminierter Vorlagen einberufen worden war, einen rein formalen Charakter tragen werde, wurde schon heute früh durch die Ankündigung des „Denk“ zunichte gemacht, daß die tschechischen Agrarier gestern beschlossen hätten, in der heutigen Sitzung des Senates in der Frage der festen Zölle, an der seinerzeit die Koalition scheiterte, einen entscheidenden Vorkoß zu unternehmen und durch den Senator Donat einen Antrag auf Einführung fester Zölle zu begründen. Nach diesem von Donat vorgebrachten und sehr armselig begründeten Antrag soll der zweite Artikel der Regierungsverordnung vom 4. Juni 1925 über die Einführung gleitender Getreidezölle aufgehoben und die Regierung beauftragt werden, bis Ende dieses Jahres einen neuen autonomen Zolltarif auszuarbeiten. Mit der Aufhebung des erwähnten Artikels würde automatisch der erste Artikel derselben Verordnung in Kraft treten, wonach die sechsfachen Zollsätze des alten österreichischen Zolltarifs vom Jahre 1906 von nun an gelten würden.

Die Agrarier haben somit offiziell den Kampf um die von ihnen heiß ersehnten festen Zölle eröffnet, die wenigstens provisorisch sofort in Wirksamkeit treten sollten. Die Sätze des späteren neuen Zolltarifs würden wahrscheinlich noch gesalzener sein, wenn es ausschließlich auf die Agrarier ankäme. Die Vertreter der Großagrarier im Parlamente fühlen sich also schon stark genug, um offen mit ihren Forderungen aufzutreten. Lieber wäre es ihnen sicher gewesen, diesen Kampf nach bekannten Methoden im Dunkel einer Petition oder Petition zu führen, und dann die Öffentlichkeit einfach vor vollendete Tatsachen, im alten Koalitionsjargon „Staatsnotwendigkeiten“ genannt, stellen zu können. In dieser Beziehung hat ihnen wohl der Zerfall der Koalition einen argen Strich durch die Rechnung gemacht. Aber ihre hier nach Milliardengewinnen, durch hohe Zölle auf Kosten der Konsumenten, ist so groß, daß sie, die sonst immer als die einzigen Staatsretter auftraten, jetzt nicht mehr zögern, die größte Krise, die ihr Staat seit seinem Bestande durchmacht, noch durch ihre maßlosen Forderungen zu verschärfen. Die Sorge um den Staat hört bei ihnen auf, wo der eigene Geldbeutel anfängt; alle anderen Versicherungen sind plumper Schwindel.

Die Rede Donats, in der er den Antrag seiner Partei zu begründen versuchte, wurde vom ganzen Hause mit Spannung angehört; aber seine Beweisführung, daß die Zölle direkt im Staatsinteresse gelegen seien, hat kläglich versagt und so war es dem Genossen Dr. Heller in der nachfolgenden Debatte ein Leichtes, die ganze agrarische Verlogenheit aufzudecken und zu zeigen, wie die Agrarier ausschließlich die Interessen des Großgrundbesitzes und der Großbauern vertreten, daß aber die Interessen der Kleinbauern und Häusler den agrarischen Forderungen diametral gegenüberstehen und sich vielmehr mit denen der Industriearbeiter völlig decken, für welche Getreidezölle in einem Land, dessen landwirtschaftliche Produktion dem Konsum bei weitem nicht genügt, völlig unannehmbar sind. Mit Recht begrüßte Genosse Dr. Heller den agrarischen Vorkoß als ersten Schritt zur Schaffung klarer Verhältnisse.

Die unhaltbare Situation, daß einerseits tschechische Arbeitervertreter sich im Schlepptau der internationalen Koalition befanden und für deren volksfeindliche Taten die Verantwortung mit zu tragen hatten, während andererseits wieder auf deutscher Seite die Vertreter des reaktionärsten Bürgertums ihr wahres arbeitserfeindliches Gesicht verbergen und ruhig Opposition mimten konnten, weil sie wußten, daß die Geschäfte ihrer Klasse ohnedies von ihren tschechischen Gesinnungsgenossen in der Koalition mit besorgt wurden, hat sich gründlich geändert. Jetzt heißt es offen Farbe bekennen und die deutschen Agrarier haben es bereits heute getan, als sie der Rede Donats ostentativ Beifall spendeten und so ankündigten, daß sie seine Forderungen voll unterstützen.

Die grüne Internationale der Großagrarier, die ja schon immer bestanden hat, sich aber bisher geschickt verbergen konnte, ist damit auch offiziell in Erscheinung getreten. Die Zeit ist reif, daß sich ihr mit noch größerer

Entschiedenheit und Geschlossenheit die Front der arbeitenden Massen dieses Staates ohne Unterschied der Nation entgegenstelle, die Front aller, die nicht gewillt sind, den Agrariern zuliebe sich weitere Entbehrungen und eine weitere Verschlechterung der kaum mehr zu ertragenden elenden Lebenshaltung aufzutrohren zu lassen. Wenn nicht alles täuscht, hat der heutige Tag eine reinliche Scheidung zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, eine neue Aera in der Innenpolitik dieses Staates eingeleitet, der wir hoffnungsvoll entgegensehen.

Die Sitzung, die erst um 16 Uhr 45 begann, behandelte zunächst den

Handelsvertrag mit Albanien.

Außer den beiden Berichterstattern beschäftigte sich aber keiner der Debatteredenner mit der Vorlage, sondern es wurde nach einer Erklärung, die der deutsche Christlichsoziale Dr. Ledebour wichtig für den Deutschen Verband abgab und die sich gegen eventuelle faschistische Diktaturabsichten wendete, eine ausschlußreiche

Debatte über die festen Agrarzölle

abgeführt. Senator Donat eröffnete diese Debatte mit der Ankündigung, daß die tschechischen Agrarier den Antrag einbringen, den Artikel 2 der Regierungsverordnung über die gleitenden Zölle aufzuheben. Damit sollen nach Artikel 1 der Verordnung die landwirtschaftlichen Vorkriegszölle mit dem Koeffizienten 6 eingeführt werden. Ferner soll die Regierung bis Ende des Jahres einen neuen autonomen Zolltarif vorlegen.

Auf einmal sind nach den Ausführungen Donats die gleitenden Zölle das Verderben der Landwirtschaft und unterstützen nur die Spekulation. Alle Nachbarstaaten hätten schon längst nach dem Kriege einen neuen, den geänderten Verhältnissen angepaßten Zolltarif eingeführt und nur bei uns glaube man, die Industriearbeiter zu schützen, wenn man hohe Industriezölle einführe, die Landwirtschaft aber ohne Zollschutz lasse. Unsere Wirtschaftspolitik arbeite darauf hin, den Export der Industrieprodukte um jeden Preis zu fördern, während in der Landwirtschaft der Export gehemmt und der Import unterfützt werde. — Daß für unsere hochentwickelte Industrie der Export eine Lebensfrage ist, während unsere Landwirtschaft dem einheimischen Markt nicht genügt und daher die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte unbedingt notwendig ist, hat Donat in der Hitze des Gefechtes leider ganz übersehen. Es ist dies bezeichnend dafür, mit wie offensichtlich falschen Argumenten die Agrarier zu manipulieren gezwungen sind, wenn sie den Zollschutz überhaupt begründen wollen.

Des weiteren ließ Donat die zu allem verwendbare Statistik aufzuarbeiten und suchte nachzuweisen, daß andere Länder höhere Zölle auf Getreide hätten. Namentlich Deutschland und Nordamerika wurden als Zeugen angeführt. Auf diese Spielerei mit Zahlen, die ganz anderen Verhältnissen entspringen, erteilte ihm Genosse Dr. Heller in seinen späteren Ausführungen gleich die entsprechende Abfuhr. Das Verbot der Einfuhr polnischer Weizen soll nach Donat seine Begründung darin finden, daß die Bodenreform die Viehproduktion bei uns um 30 bis 40 Prozent gesteigert habe und das inländische Vieh sonst fast unverkäuflich sei. Ebenfalls ganz verkehrte Schlüsse zog Donat aus seinen Angaben, daß im Jahre 1925 für über fünf Milliarden Lebensmittel eingeführt worden seien, was unsere Wirtschaftsbilanz nicht ertrage. Die Folge dieser angeblichen Krise der Landwirtschaft würde sich auch im Handel und in der Industrie zeigen. Er bitte daher um schleunige Zustimmung der Erledigung des eingangs erwähnten agrarischen Antrages.

Donats Ausführungen, deren Begründung mehr als mangelhaft und nur auf einer demagogischen Versammlungston eingestell war, wurde vor den tschechischen und auch von den deutschen Agrariern mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Es kann kein Zweifel sein, daß die deutschen Agrarier mit Freuden für die Zölle eintreten werden.

Der Kommunist Pruda befaßt sich mit den Schwierigkeiten der Beamtentregierung, der man

Strzynskis Demission nicht angenommen.

Ungewöhnliches Vorgehen des polnischen Staatspräsidenten. — Uebergang der Sozialdemokraten zur Opposition.

Warschau, 21. April. In der heutigen Beratung der Vertreter der vier koalierien Parteien teilte Ministerpräsident Strzynski mit, daß er beschloffen habe, dem Präsidenten der Republik die Demission des Gesamtkabinetts zu unterbreiten.

Am 12 Uhr 30 Min. fand eine Ministerratsitzung statt, in welcher über Vorschlag des Ministerpräsidenten Strzynski die Demission des Gesamtkabinetts beschloffen wurde. Gegen 1 Uhr Mittag erschien dann Ministerpräsident Strzynski im Belvedere-Palais und legte dem Präsidenten der Republik die Demission des Gesamtkabinetts vor.

Um 5 Uhr nachmittags trat der Ministerrat zu einer neuerlichen Sitzung zusammen, in der Ministerpräsident Strzynski mitteilte, daß der Präsident der Republik die Demission des Gesamtkabinetts nicht angenommen hat. Die Nichtannahme der Demission begründete der Präsident der Republik u. a. damit, daß am 1. Mai die Auszahlung der Gehälter der Staatsangestellten und Militärgagisten nicht erfolgen könne, wenn das Budgetprovisorium für den Monat

nicht angenommen werde. Der Präsident der Republik erklärte ferner, daß er gegenwärtig keine Chancen für die Bildung einer neuen Regierung erblicke, welche das Vertrauen des Sejm gewinnen und das Budget erledigen könnte. Der Ministerrat nahm diese Erklärung des Ministerpräsidenten Strzynski zur Kenntnis.

Abends empfing der Präsident der Republik die Vertreter der sozialdemokratischen Sejmfraktion Abg. Dr. Marek und Niedzialkowski, denen er die Gründe für die Nichtannahme der Demission des Gesamtkabinetts auseinandersetzte. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Sejmfraktion Abg. Dr. Marek erklärte, daß der Entschluß des Präsidenten der Republik den parlamentarischen Gepllogenheiten widerspreche und kündigte für den Fall des Weiterbestandes einer auf den Parteien der Rechten und des Zentrums gestützten Regierung den Uebergang der Sozialdemokraten zur Opposition an.

so viele unpopuläre Vorklagen zur Erledigung überlassen habe, daß sie sich gar nicht zu helfen wisse. Er zeigt dann an verschiedenen Beispielen die falsche Argumentation Donats auf und erklärt zum Schluß, daß die arbeitenden Schichten alle Diktaturversuche vereiteln werden. Wegen einer Äußerung über die Gewalttätigkeiten Czernys erhält er nachträglich einen Ordnungsruf.

Der Volksparteiler Sabata gibt offen zu, daß auch seine Partei für den Zollschub der Landwirtschaft sei, wenn die Industrie hohe Zölle habe. Den Gewinn aus dem letzten Preissturz des Getreides habe nur der Großhandel, nicht aber der Konsument. Die tschechische Volkspartei bemühe sich schon seit Jahren um die Einführung fester Zölle; die gleichenden Zölle hätte man überhaupt nicht einführen, sondern gleich damals ein Punkt im zwischen den Zöllen und der Sozialversicherung machen sollen.

Der Kommunist Skafat beschäftigt sich ausschließlich mit außenpolitischen Fragen, namentlich mit dem Völkerverbund und der Politik des Dr. Benes, der eine Isolierung Russlands herbeiführen wolle. Benes sei völlig unter dem Kommando des Dr. Kramat.

Hierauf kommt

Genosse Dr. Heller

zu Worte, der zunächst auf die unbedingte Notwendigkeit hinweist, die Vorgänge der letzten Zeit sowohl in der inneren als auch in der äußeren Politik zu besprechen, und eine ausführliche Stellungnahme unseres Klubs für die morgige Debatte ankündigt.

Genosse Heller beschäftigt sich sodann ausführlich mit den Ausführungen Donats, deren fehlerhafte und absichtlich unklar gehaltene Argumentation er in schlagfertiger, wiederholt von aufstimmenden Juristen beglückwünschter Rede widerlegte. Er führte unter anderem aus:

In der Frage der Zölle hat Kollege Donat an uns appelliert, an die Vertreter der Industrie- und Landwirtschaft überhaupt, und wollte uns beweisen, daß die Interessen der Industrie- und Landwirtschaft geradezu landwirtschaftliche Zölle erfordern.

In der ganzen Argumentation des Kollegen Donat ist aber ein großer Fehler. Er verwechselt die Interessen der Landwirtschaft als solcher mit den Interessen der großen Bauern. Die Interessen der Kleinbauern und Kleinlandwirte sind aber durchaus nicht dieselben wie die der großen Landwirte. Und hier scheiden sich unsere Wege. Anders wie die Interessen der Industriearbeiter vertreten, vertreten wir gleichzeitig die Interessen der kleinen Landwirte und der kleinen Bauern, all jener, welche zum Leben mehr brauchen, als sie selbst erzeugen.

Es wird oft auf die Verschuldung gerade der kleinen Landwirtschaft nach dem Kriege hingewiesen. Das ist richtig. Trotz der hohen Getreidepreise, die sie bis in die jüngste Zeit hatten, müssen die kleinen Landwirte nach dem Kriege wieder mit Schulden kämpfen, so daß sie heute wieder nahezu wie vor dem Kriege Schulden haben. Sie sehen schon daraus den geringen Einfluß, den hohe Getreidepreise auf die Lebensstellung der kleinen Landwirte hatten, beziehungsweise den verderblichen Einfluß, den hohe Getreidepreise auf die Stellung des kleinen Landwirtes haben. Wenn wirklich hohe Getreidepreise, hervorgerufen durch hohe Getreidezölle, für alle Landwirte ohne Unterschied eine dringende Notwendigkeit sind, wäre es unmöglich, daß die kleinen Landwirte wieder in Schulden wären, in einer Zeit, wo sie bis vor wenigen Monaten hohe Getreidepreise hatten.

Die Verschuldung der kleinen Landwirte geht seit Ende des Krieges ununterbrochen vorwärts. Daraus ist zu ersehen, daß hohe Getreidepreise mit der Wohlfahrt der kleinen Landwirte nichts zu tun haben, im Gegenteil, daß hohe Getreidepreise für die kleinen Landwirte schädlich sind.

Dieser Gegensatz zwischen Kleinlandwirten und großen Landwirten wird von Ihnen verschwiegen und verschleiert, und darin liegt die Unaufrichtigkeit Ihrer Politik. Auf diesem Wege werden wir Ihnen nicht folgen.

Nun hat Kollege Donat auf

die hohen Zölle in Amerika, Deutschland und in anderen Staaten

verwiesen. Er hätte von den Zöllen in Deutschland nicht sprechen sollen. Denn diese Zölle wurden im Vorjahre von einer bürgerlichen reaktionären Regierung in Deutschland gegen den Willen und die Stimmen der Vertreter der Arbeiterschaft eingeführt. Wir setzen feither das ununterbrochene Anstrengen der Arbeitlosigkeit in Deutschland. Und wenn Deutschland heute derjenige Staat ist, in dem es der Bevölkerung mit am schlechtesten geht, sind zum guten Teile die hohen Zölle schuld, welche dort auf Lebensmittel gelegt wurden. Genau dasselbe gilt auch für Oesterreich. Amerika ist ein sich selbst versorgendes Land, welches seit unzähligen Jahren Hochschulzollpolitik betreibt. Geben Sie unseren Arbeitern die Höhe der amerikanischen Arbeiter, und wir werden Ihnen die Zölle geben, die Sie haben wollen.

Genosse Dr. Heller befaßt sich sodann mit der Behauptung Donats, daß

für fünf Milliarden Lebensmittel aus dem Ausland eingeführt

wurden. Was heißt das? Daß man Lebensmittel für diese fünf Milliarden hier brauchte! Es wird nicht mehr eingeführt, als man braucht. Und wenn wir Zölle auf diese Lebensmittel gehäben hätten, hätten wir dem Ausland statt fünf eben sieben Milliarden gezahlt und außerdem noch drei bis vier Milliarden an die

heimische Landwirtschaft, so daß diese fünf Milliarden uns zehn Milliarden gelöst hätten. Mit solchen Argumenten dürfen Sie uns nicht kommen. Wenn Sie nicht wünschen, daß so große Mengen Lebensmittel eingeführt werden, sorgen Sie für eine Steigerung der Intensität der landwirtschaftlichen Produktion.

Was ist in den Jahren, da 8 der Großlandwirtschaft sehr gut ging, geschehen, damit der Bodenertrag in unserem Lande auf jenes Maß gebracht werde, welches wir in Deutschland und Dänemark sehen, wo man auf schlechterem Boden einen höheren Getreideertrag erzielt?

Wenn Sie ernstlich etwas machen wollten, um der Landwirtschaft zu helfen, hätten Sie

andere Wege

betreten müssen, dann hätten Sie ein Ein- und Ausfuhrmonopol, Organisationen der Landwirte und Konsumenten schaffen müssen, welche auf die Preisbildung Einfluß genommen hätten. Das wäre der Weg gewesen, auf dem wir zu einer Einigung hätten kommen können, die Landwirtschaft und gleichzeitig die Arbeiterschaft zu schützen. Aber diesen Weg wollen Sie nicht betreten. Das ist jedoch der einzige Weg, auf dem wir uns finden könnten.

Die Zollforderungen jedoch, die Donat erhoben hat, wird unsere Partei in beiden Häusern bis zum letzten Moment bekämpfen.

Ich begrüße das Auftreten Donats. Ich begrüße, daß die Zweigtigkeiten der koalierten Parteien aus der Pötte in das offene Haus herübergetragen wurden. Ich

begrüße es, daß endlich einmal die ständige Luft beseitigt wird, die seit acht Jahren dieses Land verpestet hat,

und daß der Kollege Donat, nicht mehr gebunden durch die Koalition, die Interessen seiner Partei hier von dieser Stelle aus offen und frei vertritt. Ich hoffe, daß auch diejenigen Parteien, die nicht den Standpunkt Donats teilen, das Gleiche tun werden. Ich erwarte, daß ein Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien nunmehr vor sich gehen wird. Ich bin überzeugt, daß die Herren Kollegen von der

anderen Seite mit fliegenden Fahnen dem Antrag Donat folgen werden. Sie werden sich dort finden. Ich bin davon überzeugt, unsere deutschen Agrarier werden für den Antrag Donat stimmen und so den Weg bereiten für eine neue allnationale Koalition. Ich würde diese Koalition von Herzen begrüßen, sie wäre eine Befreiung für uns alle.

Meine Herren, dem Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien muß entgegengekehrt werden der Zusammenschluß der Arbeiterparteien, dann werden in diesem Lande klare Verhältnisse geschaffen sein. Wir begrüßen den Antrag Donat als ersten Schritt zur Schaffung dieser klaren Verhältnisse. (Lebhafter Beifall.)

Der tschechische Sozialdemokrat Dunder weist darauf hin, daß in der Tschechoslowakei arbeitende Bevölkerungsschichten existieren, die weit mehr von einer Krise betroffen sind als die Landwirtschaft. Es sei dies namentlich der landwirtschaftliche Arbeiter, welcher vieler sozialpolitische Einrichtungen entbehren müsse. Die Agrarier hätten Sehnsucht nach den goldenen Zeiten der Nachkriegsjahre; den Schutz der Landwirtschaft könne man aber nicht in festen Zöllen suchen, sondern müsse darauf hinarbeiten, zwischen der Landwirtschaft und der Industrie eine Parität eintreten zu lassen durch eine allmähliche Herabsetzung der Industriezölle.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters wurde der Handelsvertrag mit Albanien angenommen und das Gesetz über die Verzollung englischer Reklamendruckarten in zweiter Lesung ebenfalls verabschiedet.

Nach Erledigung zweier Immunitätsfälle wurden noch zwei kommunistische Interpellationen wegen Erscheinen des Ministerpräsidenten in der nächsten Sitzung und betreffend die Einflußnahme des Eisenbahnministeriums auf die Arbeitsruhe am 1. Mai abgelehnt und die Sitzung um 8 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung morgen Donnerstag um halb 3 Uhr nachmittags.

Inland.

Die Fackeln gegen den Faschismus.

Es steht schlimm um den Faschismus. Selbst die glühendsten Verehrer Mussolinis bangen vor der Nachahmung seiner Taten. Staunend werden die Leser des „Tag“, der am Montag Abend die Druckerpresse verließ, vernommen haben, wie geduldig Zeitungspapier ist und wie rasch sich die Fahne mit dem Hakenkreuz nach dem Winde dreht. Der Klub der deutschen nationalsozialistischen Abgeordneten und Senatoren hat vergangenes Sonntag eine Sitzung abgehalten, in der er sich mit der politischen Lage beschäftigte. Das Ergebnis war ein Beschluß, die „für alle Möglichkeiten in Betracht kommenden Maßnahmen“ zu treffen. Das ist recht unklar und bedeutet kein Abrücken vom System. Im Titel der Meldung aber verrät der „Tag“, zu welchem Entschluß sich die „Hitlerianer kleineren Formats“ (wie sich die Partei im Gerichtsfoal nennt) durchgerungen haben. Es heißt hier „Gegen die Drohung mit Neuwahlen und faschistischer Diktatur“. Es ist ein weiter Weg vom Bürgerbräu zu diesem Beschluß. Er drückt so recht den Bankrott einer Bewegung aus, die stets dem andern antun möchte, was sie nicht will, daß man es ihr tue. Der Faschismus, der gegen den Faschismus protestiert und gegen ihn Maßnahmen trifft, weil in dem besonderen Fall das Spiel „Meine Tante, deine Tante“ nicht zusammengeht, sondern im Gegenteil dem einen „fin U (Gule), dem andern fin Nachigall“

Aus dem Nachbilden von Richard Brandts.

Moral en gros.

Ein Roman wider alles Herkommen

Von Ziti Haukmann.

„Möglich, daß in seinen Papieren...“ entgegnete schüchtern der Sekretär.

„In seinen Papieren!“ lachte der Automobillkönig bitter, „so finden Sie mir sie doch, bitte! Haben Sie denn nicht gesehen, daß man nach jenem unerklärlichen Verschwinden in seiner Wohnung keine anderen Papiere gefunden hat als zwei alte Zeitungen und einen alten Papierteller mit einer nicht aufgeblasenen ungarischen Salami? Suchen Sie doch, bitte, seine hinterlassenen Schriften!“

„Und was ist denn mit der Leiche — d. h. vorausgesetzt, daß er vielleicht in einem Anfall von Geistesgestörtheit...“

„Hat man auch nicht gefunden und wird man nicht finden — ich bitte Sie, was die Polizei in die Hand nimmt, das ist schon von vornherein begraben!“

„Die Polizei allerdings“, strahlte plötzlich der Sekretär, „aber ein geschickter Privatdetektiv?“

???

Matador Chrysoptas stutze einen Augenblick, aber sofort erhellte sich sein Gesicht wieder. Ohne Verzug ließ er sich mit seiner privaten Radiostation verbinden und nach einigen Sekunden telegraphierte er um den berühmten englischen Detektiv Jack Morisson.

Beider Gottes bestellte im selben Augenblick aus gleichen Gründen und zum gleichen Zweck auch Vampir Argyporas einen nicht minder berühmten Detektiv, den Amerikaner Mad Joriffon.

5. Kapitel.

Ein Wettrennen.

Der berühmte Morisson, allgemein „the grand Jack“ genannt, saß eben in seinem eleganten Londoner Arbeitszimmer, schlürfte mit Behagen eine Tasse vorzüglichem Morgenkaffees und rauchte eine duffende Zigarette dazu. Schon seit einigen Tagen gab er sich dem süßen Nichtstun hin, indem er trotz seiner angeborenen Verschidenheit mit innerer Befriedigung seinen jüngsten Triumph genoss, den er durch die genial durchgeführte Entdeckung der Urheber eines frechen Diebstahls in einer englischen Bank erworben hatte. Plötzlich stutze er und seine Miene nahm jenen Ausdruck gesammelter Aufmerksamkeit an, der sich bei ihm stets in Augenblicken höchster Spannung einstellte.

Unverwundet ertönte nämlich die Türklingel und einen Augenblick später erschien in der Tür sein Diener mit einem eben eingetroffenen Telegramm auf dem silbernen Tablett.

„Was kann das sein?“ überlegte der berühmte Detektiv, „vielleicht neue Enthüllungen in der Affäre Hutchinson?“

Er zerriff das Siegel und überleg schnell den Inhalt des Papiers. Dieser lautete kurz: „Romanet sofort — Honorar unbegrenzt — Chrysoptas — Nordville — Utopien.“

Grand Jack zögerte: Sollte er hinreisen? Neuen Ruhmes bedurfte er wahrhaftig nicht, und was die Existenzmittel betraf, konnte er sich schon lange dem bequemen Leben eines reichen Rentiers hingeben... er hatte sich so sehr auf die wenigen Tage verdienter Ruhe gefreut... Aber dann erinnerte er sich, daß er schon früher die Absicht gehabt hatte, wenn auch nur als Tourist, nach Utopien zu gehen, um mit eigenen Augen die Naturschönheiten, namentlich aber die berühmten staatlichen Einrichtungen dieser interessanten Insel kennen zu lernen. Er rief daher

seinen alten Diener Collins und befahl ihm, alles Notwendige für eine mehrtägige Reise vorzubereiten.

„Der gnädige Herr wollen wieder verreisen?“ sagte der treue Diener mit Bedauern. „Dem gnädigen Herrn wäre eher ein kurzer Urlaub vonnöten — ohnedies hat sich der gnädige Herr noch nicht von der letzten Schußwunde gehörig erholt, die er von dem Bumpen Thompson erhalten hat.“

„Aber ich hab' ihm sie mit Wucherzinsen zurückerzahlt!“ lächelte wieder Morisson. „Und übrigens, es tut nichts: Du wirst sehen, mein lieber Collins, in einigen Tagen bin ich wieder hier und dann werde ich mir wirklich längere Zeit Ruhe gönnen!“

Als alles bereit war, warf „grand Jack“ einen Blick auf die Uhr. Eben hatte es zehn Uhr geschlagen, der Vulkanexpres fuhr erst gegen Abend ab. Er konnte also noch einen halben Tag der Ostwaldischen Chemie widmen, deren Studium er sich in freien Augenblicken mit Vorliebe widmete. Doch kaum hatte er einige Seiten darin gelesen, läutete es wieder und der Diener brachte ein neues Telegramm.

„Verlieren Sie keine Minute, Mad Joriffon selbst konkurriert mit Ihnen!“

Der alte Chrysoptas hatte nämlich inzwischen von den Umtrieben seines Subtilen Nebenbuhlers erfahren und sich beeilt, die nötigen Gegenmaßnahmen zu treffen.

Es war, als ob der Blitz in Morisson gefahren wäre. Er sprang auf, packte mit der Rechten sein Gepäck, mit der linken eine kleine, rotweißgestreifte Schachtel mit dem Taschenspolizeihündchen Bog, einem Miniatur-Pintfischer von nicht gerade hervorragender Schönheit, aber wunderbarem Spürsinn — und schon lief er im Eiltempo in die nahe gelegene Aeroplan-Veranstaltung.

„Admirable Mad“ selbst mein Rivale!“

überlegte er, „ich muß ihm zuvorkommen, sonst will ich nicht der größte Detektiv von Großbritannien heißen!“

Zehn Minuten später schwebte er über dem Kanal Va Manche und bald darauf erblickte er die fruchtbaren Gefilde Nordfrankreichs. Von ruhigem Selbstvertrauen erfüllt, betrachtete er lächelnd die rasch vorbeischießende Landschaft und winkte gerade freundschaftlich dem Turme der Kathedrale von Reims zu, als plötzlich ein quälender Gedanke sein männliches Antlitz verüsterte. Er erinnerte sich, daß sein Berginfort höchstens für einige hundert Kilometer ausreiche...

Augenblicklich ließ er sich direkt in der Mitte der an Denkwürdigkeiten reichen Stadt auf einem weiten Platz nieder und fragte den ersten besten Passanten nach der nächstgelegenen Verkaufsstelle der gewünschten Flüssigkeit. Der des Englischen unkundige Fußgänger verstand ihn natürlich nicht, als er aber das Weiß-Rot der Schachtel mit dem Bispudhündchen erblickte, schloß er plötzlich den Detektiv in die Arme und begann begeistert zu rufen:

„Cher ami! Teurer Freund! Hoch die tschecho-französische Allianz! Unsere Nation wird niemals eueren Projekt im Jahre 1871 gegen die Kostrennung von Elsh-Bohringen vergessen! Vive la republique tschechoslovaque!!!“

Der ganze menschenbelebte Platz verstummte zuerst höflich, als das Wort „tschechoslovaque“ fiel. Aber gleich darauf erdröhte er von spontanen Fulldigungen für den überraschten Detektiv. „Slava“-Rufe ertönten, die tschechoslowakische Staatshymne wurde angestimmt, am Rathaus eine Fahne mit dem Reichswappen ausgehängt und der rasch herbeigerufene Bürgermeister schiedte sich an, den wertigen Gast mit einer längeren Ansprache zu begrüßen.

(Fortsetzung folgt.)

ist, wirkt lächerlich genug. Wenn diese Erscheinung im politischen Leben aber noch übertroffen werden kann, dann geschieht es durch folgende Versammlungsaussage:

Boj proti reakci politické, hospodárské a kulturní je programom

schütze sboru důvěrníků — — —

Der Kampf gegen die politische, wirtschaftliche und kulturelle Reaktion ist das Programm einer Versammlung des Vertrauensmännerflusses —

Die Anzeige findet sich im — „České Slovo“ und der Bod im Garten der Demokratie, nämlich der Referent, ist der Abgeordnete Tušný. Das „České Slovo“ hat ja schon mehr als einmal eine risikoreiche Strenge bewiesen, wenn es um Dinge ging, in denen es besser geschwiegen hätte. Das Stärkste oder ist wohl die Rundgebung „gegen die Reaktion“, der die tschechischen Nationalsozialisten doch sehr rasch ein Ende machen könnten, wenn sie nicht nur auf dem Papier parafiri begingen.

Der blamierte Zensor.

Eine aufgehobene Beschlagnahme des Karlsbader „Volkswille“.

Unser Karlsbader Parteiblatt, dessen Schreibweise bekanntlich von einem sehr tüchtigen und sympathischen Zensor überwacht wird, wurde am 8. April wieder einmal konfisziert, und zwar wegen eines Artikels, der sich ganz allgemein mit dem Militarismus beschäftigte. Das Egerer Kreisgericht hatte in dem Artikel nichts weniger als „Schmähsungen amtlicher Verfügungen“, „Aufreizung zum Haß gegen Staatsämter“ und Verächtlichmachung der tschechoslowakischen Armee und des Nationalverteidigungsministeriums erblickt. Gegen diese Entscheidung erhob der „Volkswille“ Einspruch und erreichte auch wirklich, daß der Senat des Egerer Kreisgerichtes unter Vorsitz des Präsidenten Rosos dem Einspruch zur Gänze Folge leistete und die Beschlagnahme aufhob. Der Vorsitzende erklärte in seiner Begründung dieses Urteils, daß der Artikel eine ganz allgemein gehaltene Kritik des Militarismus darstelle, und daß die konfiszierte Stelle sich nicht auf die Einrichtungen in der Tschechoslowakei beziehe. Der Staatsanwalt aber meldete gegen diese Entscheidung die Beschwerde an.

Es ist kein alltäglicher Fall, daß es gelingt, den Herren Zensoren vor Gericht ein wenig das Handwerk zu legen, und schon aus diesem Grunde ist der Erfolg unseres Karlsbader Bruderblattes freudig zu begrüßen. Der Fall hat aber noch eine tiefere Bedeutung: er zeigt, wie gewisse Zensoren hemmungslos und willkürlich drauflos arbeiten und ihre außerordentliche Macht, deren Auswirkung doch insbesondere einem Arbeiterblatt schwersten Schaden bereiten kann, ohne viel Federlesens und von keinen Skrupeln beschwert, ausüben. So erfreulich es ist, daß ein objektives Gericht in diesem besonderen Falle den Willkürakt eines Zensors beseitigt, so kennzeichnend für die politischen Verhältnisse ist doch solches Vorgehen der Zensoren, die eben bis zum Extrem als die neuen Diener ihrer Herren sich bemühen.

Der Fasizistenüberfall in Mährisch-Ostrau wird vom dortigen tschechisch-sozialdemokratischen Organ, dem „Duch Času“ folgendermaßen verurteilt: „Es gibt keinen Menschen, welcher sich nicht über die Sache mit Verachtung und Empörung äußern würde, darüber, daß man in Ostrau etwas einführt, was ein sehr schlechtes Ende haben könnte und wofür sich die Nationaldemokraten schämen könnten. Nun handelt es sich darum, ähnliche politische Ausübungen für die Zukunft unmöglich zu machen. Und da sagen wir ganz offen, daß mit Hilfe der bezüglichen Gesetze zum Schutze der Freiheit von Versammlungen und öffentlichen Kundgebungen so etwas unmöglich gemacht werden muß. Es ist nicht möglich, daß die Aemter derartigen Gewalttätigkeiten ruhig zusehen und wir hoffen bestimmt, daß sie ihre Pflicht tun werden. Am übrigen charakterisiert der ganze Vorfall die Nationaldemokraten ganz erbärmlich. Da schon alles vergeblich ist und alles ihre Politik abhebt, haben sie das letzte Mittel ergriffen, welches sehr alt und in gleicher Weise dumm wie ermittelnd ist, das ist das Verhängen deutscher Versammlungen. Damit will sich die Nationaldemokratie auf die Beine helfen und ihre beschädigte Reputation wieder herstellen.“

Erhöhte Tätigkeit der mährischen Fasizisten. „Marodni Dvobozeni“ meldet aus Brünn: In letzter Zeit beginnen die Fasizisten mit einer erhöhten organisatorischen Tätigkeit. Western hielten sie unter Beteiligung Prager Vertreter eine Tagung ab, bei der Dr. Cervinka sprach. In Brünn soll ein Arbeitersyndikat errichtet werden. Am 1. Mai wird in Prerau ein fasizistischer Kongreß stattfinden, bei dem ein Landesdirektorium gewählt werden soll. Die Brünnener Kommunisten wollen diesen Kongreß sprengen.

Ein revolutionärer Wahrheitsfanatiker ist der Kommunist Schramel aus Aussig. Er hatte vor kurzem mit dem tschechischen Nationalisten Dr. Kubista in der Aussiger Gemeindevertretung eine Auseinandersetzung in deren Verlaufe ihn Kubista an seine Vergangenheit als tschechischer Sozialdemokrat erinnerte. In einem Artikel, erschienen in der „Internationale“ vom 18. April, antwortet Schramel auf die Angriffe Kubistas und verteidigt seine damalige Einstellung als tschechischer Sozialdemokrat. Ist es schon recht kennzeichnend, daß er dies als nummernreicher Kommunist überhaupt für gut hält, so findet sich in seiner Verteidigung ein Satz, der diesen Ultrarevolutionär in seiner ganzen

Geistesgröße erkennen läßt. Er schreibt: „Nach dem Umsturz veranstaltete die deutsche Bourgeoisie Kravalle gegen das Selbstbestimmungsrecht des tschechoslowakischen Volkes.“ Es deutet uns doch, daß es ein wenig anders war, daß diese „Kravalle“ Demonstrationen in der Hauptsache der deutschen Arbeiterklasse, geführt von den deutschen Sozialdemokraten für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes, keinesfalls aber „gegen das Selbstbestimmungsrecht des tschechoslowakischen Volkes“ waren,

Protestkundgebungen gegen die gewaltsame Unterdrückung des deutschen Volkes und daß kein geringerer als der Parteifreund Schramels Karl Kreibitz an den — nach der Meinung Schramels — „von der deutschen Bourgeoisie veranstalteten Kravallen gegen das Selbstbestimmungsrecht des tschechoslowakischen Volkes“ hervorragenden Anteil hatte. Wenn schon der Schramel sich nicht entblödet solch albernes Zeug von sich zu geben, sollte wenigstens die „Internationale“ ihn und sich vor der Blamage bewahren, die unvermeidlich ist, wenn sie dieses dumme Geschwätz abdruckt.

Eine verdiente Abfuhr für Beneš.

Deutschland verwahrt sich gegen die Bevormundung in der deutsch-russischen Frage.

Berlin, 21. April. Die offizielle deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz bringt heute einen Artikel, in dem es heißt, daß die Aktion des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Beneš in der Angelegenheit des deutsch-russischen Vertrages in Deutschland äußerstes Befremden hervorgerufen habe. Deutschland habe aus seiner Absicht, mit Rußland in guten Beziehungen zu leben, niemals ein Fehl gemacht, und es hat darüber hinaus die Locarno-Großmächte in loyaler Weise von den grundlegenden Absichten verständigt, die den Verhandlungen mit Rußland den Charakter geben.

Aus dieser Loyalität geht aber nicht hervor, daß Deutschland irgendwie unter Vormundschaft stehe, welche seine politischen Maßnahmen im Verhältnis zu den anderen Mächten beschränken könnte. Sodann hält sich die Korrespondenz darüber auf, daß der in der Presse veröffentlichte Wortlaut der Fragen des Dr. Beneš diese Erklärung Deutschlands direkt in Zweifel zieht. Es wird entschieden die Ansicht abgelehnt, die aus der bisherigen Diskussion entstehen könnte, als ob überhaupt keine Verträge abgeschlossen werden dürfen mit einem Staate, wie es Rußland ist, das außerhalb

des Völkerbundes und mit seiner Politik im Widerspruch steht.

Die Korrespondenz beruft sich darauf, daß Dr. Beneš schon im Jahre 1922 mit Rußland einen provisorischen Handelsvertrag abgeschlossen hat, in dessen Präambel der Grundgedanke gegenseitiger uneingeschränkter Neutralität ausgedrückt ist. Im deutschen Falle handelt es sich nur um einen Vertrag über gegenseitige Neutralität und daher sei die Erregung über diesen bisher nicht abgeschlossenen Vertrag nicht am Platze, wenn die Nachricht von dem kürzlich abgeschlossenen polnisch-rumänischen Bündnisvertrag und die Nachrichten über geplante oder angebahnte Verhandlungen über Militärbündnisse, in denen notwendigerweise machtpolitische Ziel liegen, mit vollkommener Ruhe aufgenommen werden. Die deutsche Regierung hofft, daß die auf beiderseitigem Interesse beruhenden Arbeiten zu einem erfolgreichen Ende führen werden. Die übrigen Mächte können den deutsch-russischen Vertrag beurteilen, bis er wirklich abgeschlossen ist. Er wird nicht geheim gehalten werden und der Öffentlichkeit nicht ausweichen. Die Fragen, welche an Deutschland im Richteramt gestellt wurden, müssen wir, schließt der Artikel, allerdings ablehnen.

Ein neuer Rechtskurs in Deutschland?

Die Demokraten sollen wieder durch die Deutschnationalen ersetzt werden.

Berlin, 21. April. (Eigenbericht.) Die Osterferien sind von der deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen dazu benützt worden, um hinter den Kulissen eifrig über die Neubildung des Kabinetts und die Hinzuziehung der Deutschnationalen zur Regierung zu verhandeln. Die Initiative ist von der deutschen Volkspartei ausgegangen, die wieder einmal eine Regierungskrise heraufbeschwören möchte. Die Deutschnationalen hatten vor gar nicht so langer Zeit erklärt, daß sie nicht daran dächten, die Verantwortung für Stresemanns Außenpolitik zu übernehmen. Jetzt aber hört man aus ihrer Presse Äußerungen, die darauf schließen lassen, daß die Deutschnationalen, nur um in die Regierung zu kommen, ihre Haltung verändern wollen. Allerdings liegt die Annahme nahe, daß sie nur darum wieder eintreten wollen, um den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu verhindern, nachdem an den Locarnoverträgen nichts mehr zu ändern ist. Sie hegen offenbar auch die Hoffnung, daß sie in der Regierung das Zustandekommen des Kompromisses, das den ehemaligen Fürsten gefährlich werden könnte, verhindern können. Die jetzige Regierung steht der Volkspartei zu weit nach links und sie sucht daher die Demokraten aus der Regierung zu entfernen und sie durch die Deutschnationalen zu ersetzen.

Die Sozialdemokratie kann diesen Versuchen ruhig entgegensehen. Sie ist so stark, um auch bei einer offenen Rechtsregierung die schlimmsten Schäden für das arbeitende Volk verhüten zu können; andererseits hat sie dann gerade die Möglichkeit, die Massen über bürgerliche Regierungspolitik entsprechend aufzuklären und neue Anhänger zu gewinnen.

Amerika für die Abrüstung.

London, 21. April. Beim Jahresbankett der amerikanischen Associated Press sprach gestern der amerikanische Staatssekretär Kellogg über einige internationale Probleme. Ueber die Teilnahme Americas am Haager Gerichtshof äußerte er sich nicht, sprach dagegen eingehend über das Abrüstungsproblem. Jeder, selbst der kleinste Schritt zur endgültigen Lösung des Abrüstungsproblems, sagte Kellogg, besäße einen größeren Wert als umfangreiche Probleme, die vielleicht in der Theorie ausgezeichnet sind, aber keine Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse in der Welt nehmen. Die Vereinigten Staaten würden eine Vereinbarung begrüßen, wodurch das im Jahre 1921 in Washington begonnene Werk ergänzt würde, insbesondere in Angelegenheit der Einstellung der drohenden Ueberflutung im Bau von Kreuzern und anderen Schiffen, wovon der Washingtoner Vertrag nicht spricht. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika konnten bereits die Rüstungen zu Lande einschränken. „Wir haben ein Recht, uns dessen zu freuen“, fuhr Kellogg fort, „daß unsere Lage uns dies gestattet hat, doch sind wir nicht berechtigt, verschiedene Probleme, denen sich verschiedene Länder entgegenstellen, zu übersehen. Jeden Schritt, der zur Einschränkung der Rüstungen zu Lande führen würde, könnten wir nur begrüßen.“

Ein Zolltarif der Leuerung

ap. Wien, 17. April.

Die Novelle zum Zolltarif, die die österreichische Regierung den Nationalrat vorgelegt hat, stellt eine neue Phase auf dem Wege der kapitalistischen Sanierung dar, wie sie die Christlichsozialen im Jahre 1922 mit den Genfer Verträgen eingeleitet hatten. Wie die Genfer Sanierung nur den Zweck verfolgte, mit Hilfe des internationalen Kapitals, das durch den Generalkommissar des Finanzkomitees eine strenge Kontrolle über die österreichische Staats- und Volkswirtschaft ausübte, durchzusetzen, daß die Lasten der Wirtschaft den arbeitenden Massen aufgebürdet werden, und wie auch seither die ganze Regierungskunst der Christlichsozialen darin bestand, die Steuern der Besitzenden zu verringern, und die der Arbeitenden zu erhöhen: so soll auch dieser neue Zolltarif die breiten Massen auf das schwerste belasten, um den Großagrariern und Großindustriellen neue Gewinne zuzuschlagen.

So soll der neue Tarif den Roggenzoll auf das Vierfache, den Zoll auf Schweinefleisch auf das Dreifache, den auf Butter auf das Doppelte, den auf frisches und Gefrierfleisch auf mehr als das Doppelte; die Zölle auf billige Textilwaren beinahe auf die Höhe des Warenwertes erhöhen. Daneben werden auch alle anderen Zölle, so die auf Eisen, Mehl, chemische und Baumaterialien empfindlich erhöht und eine Reihe neuer Zölle, wie die auf Margarine und auf Brennholz neu eingeführt.

Allerdings führt die Regierung als Argument für ihre Vorlagen an, daß eine Reihe von Industrien, wie auch die Landwirtschaft schutzbedürftig seien und daß es sich nicht um eine Belastung der Konsumenten handelt, sondern darum, die Produzenten vor der ausländischen Schmutzkonkurrenz zu schützen. Nun sind die Sozialdemokraten weit davon entfernt, zu leugnen, daß eine Reihe von Industrien und gewisse Zweige der Landwirtschaft eines solchen Schutzes bedürfen. Aber gerade die bisherige Geschichte des Kampfes um die Zölle zeigt, daß es sich der Regierung und ihren Parteien nicht um dieses vorgeschützte Ziel handelt. Bei der Beratung des autonomen Zolltarifes im Jahre 1924 haben die Sozialdemokraten nicht nur die ärgsten Ausschreitungen der Hochschutzzöllner abgedehrt und unter anderem z. B. eine wesentliche Ermäßigung des geplanten Eisenzolles durchgeführt, sondern sie haben auch zwei wichtigen neuen Prinzipien den Eingang in die Gesetzgebung verschafft. Das eine war die Erhöhung der Industriezölle gegen Länder zu läßt, in denen die Arbeitszeit mehr als acht Stunden beträgt; die andere war die Ersetzung der fixen Agrarzölle durch gleitende. Gegen diese beiden Prinzipien soll auch in dem neuen Zolltarif nichts unternommen werden. Nur soll im Rahmen der gleitenden Getreidezölle eine Erhöhung der Roggenzölle durchgeführt werden. Der alte Zolltarif setzte den Roggenzoll in derselben Höhe fest wie den Weizenzoll. Dieser betrug bei einem Weizenpreis von 32 bis 38 Schilling für einen Meterzentner Weizen zwei Goldkronen; wenn der Weizenpreis unter 32 Schilling sank, so wurde der Weizenzoll um den Betrag des Preisunterschiedes erhöht, wenn der Preis über 38 Schilling stieg,

um denselben Betrag herabgesetzt. Nun soll der Roggenzoll nicht mehr vom Weizenpreis, sondern vom Roggenpreis abhängen, überdies der Ausgangspreis für die Berechnung des Weizenzolles von 32 bis 38 auf 34 auf 38 Schilling erhöht werden, der Ausgangspreis für Roggenzoll soll 26 bis 32 Schilling betragen. Da der Weizenpreis jetzt sehr hoch ist, beträgt der Weizen- und auch der Roggenzoll nicht zwei Goldkronen, sondern nur 25 Goldheller für den Meterzentner. Da der Roggenpreis jetzt 26 bis 28 Schilling beträgt, also innerhalb des Ausgangspreises liegt, würde der Roggenzoll dadurch von 25 Goldheller auf zwei Goldkronen erhöht, also verdreifacht werden!

Diese Zollvorlage ist nur das Endergebnis langer Verhandlungen zwischen den Wirtschaftskörperschaften der bestehenden Klassen, der Agrarier und der Industriellen und zwischen den einzelnen Industriegruppen untereinander; sie ist zugleich das gegenseitige Endergebnis zahlreicher kleiner Novellen, die in den letzten Monaten in den parlamentarischen Ausschüssen beraten, zum Teil auch im Plenum beschlossen wurden. Immer ging dabei der Kampf nicht etwa nur um die einzelnen Zollpositionen, sondern um die Prinzipien der Zollpolitik.

Schon als die erste von diesen kleinen Novellen vor bald zwei Monaten zur Verhandlung im Ausschuss kam, warfen die Sozialdemokraten eine prinzipielle Frage auf. Wohl war bei dieser ersten Vorlage tatsächlich ein Interesse der heimischen Wirtschaft zu schützen, aber zu derselben Zeit fanden die Landarbeiter in einem doppelten Kampf gegen die Gutsbesitzer. Vor allem verweigerte die Hauptorganisation der niederösterreichischen Gutsbesitzer die Zustimmung zu dem von der Landarbeiterorganisation verlangten Kollektivvertrag, der die Anerkennung der Vertrauensmänner der Landarbeiter und ihrer Unkündbarkeit in sich schloß, und die Landarbeiter waren auch schon zum Streik um diese Forderung entschlossen. Dann aber hatte die Regierung auf Anstiften der Großgrundbesitzer in Burgenland, die Ausdehnung des Inlandarbeiterchutzgesetzes auf die Arbeiter in den landwirtschaftlichen Großbetrieben verweigert, um die Einfuhr slowakischer Lohnbrüder zu ermöglichen. Die Sozialdemokraten ließen die Beratung dieser Vorlage nicht zu, so lange nicht die Regierung und die Großagrariere in beiden nachgegeben hätten. Der Kollektivvertrag mit dem Schutz der landwirtschaftlichen Vertrauensmänner wurde unter dem Druck der Regierung von den Großgrundbesitzern bewilligt und das Inlandarbeiterchutzgesetz auf die landwirtschaftlichen Großbetriebe ausgedehnt.

In diesem ersten Zollgesetz gelang es den Sozialdemokraten durchzusetzen, daß der von den Agrariern verlangte Viehzoll nur für Jud- und Ruzwied, nicht aber für Schlachtvieh, also ohne Belastung des Konsums erhöht wurde. Aber es gelang ihnen nicht, die Erhöhung des Zuderzolls um neun Schilling für den Meterzentner Jucker zu verhindern. Auch hier handelte es sich um eine prinzipielle Frage. Die Regierung begründet die Erhöhung des Zuderzolls mit dem Schutze der heimischen Zuderindustrie und des heimischen Rübenbaues. Demgegenüber beantragten die Sozialdemokraten die Ermäßigung der Zudersteuer um diesen Betrag, wodurch derselbe Zweck erreicht würde, aber ohne Belastung des Konsums. Das wurde abgelehnt. Dagegen ist es den Sozialdemokraten gelungen, bei zwei anderen Zöllen einen prinzipiellen Erfolg zu erringen. Die von den Agrariern verlangte Erhöhung des Milchzolles, die damit begründet wurde, daß durch den starken Zustrom mährischer Milch nach Wien die heimische Milchwirtschaft zugrunde gerichtet wurde, wurde bewilligt, aber unter der Bedingung, daß der Zoll nur zum Schutze der Bauern, nicht zur Belastung der Konsumenten, dienen dürfe: der Zoll muß sofort außer Kraft treten, wenn der Milchpreis auch nur im geringsten über den jetzigen Stand steigt. Ebenso wurde der Zoll auf Superphosphat, der mit der Begründung verlangt wurde, daß nur so die österreichische Produktion vor der Konkurrenz des Kartells der tschechoslowakischen Fabriken gerettet werden könne, nur unter der Bedingung bewilligt, daß der Zoll sofort außer Kraft tritt, wenn die Fabrikanten den Preis dieses wichtigen Düngemittels erhöhen.

So hat die Sozialdemokratie nicht nur die Interessen der Konsumenten und der Arbeiter als Konsumenten und Produzenten, sondern auch die der Landwirtschaft und der Wirtschaft selbst geschützt. Diesen Kampf wird sie auch bei der neuen Vorlage weiterführen. In dem Wirtschaftsprogramm, das die Spitzenorganisationen der österreichischen Arbeiterbewegung — Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften — vor einigen Monaten veröffentlicht haben, haben die Sozialdemokraten in Anerkennung der Tatsache, daß Oesterreich inmitten hochschutzzöllnerischer Staaten, seine Produktion schützen muß, festgelegt, daß auch Zollserhöhungen, wo sie zum Schutze gegen Schleuderkonkurrenz ausländischer Kartelle notwendig sind, nicht abgelehnt werden können. Doch müßten zugleich gesetzliche Vorkehrungen — vor allem durch ein Kartellgesetz — den Mißbrauch solcher Abschutzzölle zur Ausbeutung der Verbraucher verhindern.

Genossen! Ihr müßt un- ausgeht für die Verbreitung unserer Zeitung agitieren. Setzt euch überall für unsere Parteipresse ein. In das Heim des Arbeiters gehört die Arbeiterpresse. Darum, Genossen u. Genossinnen agitiert

Ein schreckliches Blutbad in Peking.

400 Soldaten niedergemetzelt.

Shanghai, 21. April (Reuter). Wie der Peking Korrespondent des Blattes „Northchina Daily News“ berichtet, vollführte die sogenannte chinesische Nationalarmee, bevor sie Peking räumte, einen schrecklichen Mordakt. Im letzten Augenblick vor der Evakuierung zwangen die extremen Elemente ihre Führer, die gesamte Schutzgarde der Regierung, die am 18. März gegen die demonstrierenden Studenten mit Waffen vorgegangen war, ermorden zu lassen. Die Garde wurde aus dem gelben Tempel hinausgeführt und mit Maschinengewehren niedergemetzelt. Von den 400 Gardisten soll es nur fünf gelungen sein, zu entkommen.

Ausland.

Kommunistische Reinigung im Reich.

Fünf Fraktionen in der Partei.

Die große Reinigung innerhalb der KPD nimmt munter ihren Fortgang. Wer den früh kapitalistischen Kurs der russischen Bolschewisten nicht billigt und sich erlaubt, nach wie vor die alte bolschewistische Phraseologie für richtig zu halten, fliegt unbarmerzig! Das befiehlt Moskau, und da es die KPD finanziell unterhält, muß jeder Befehl ordnungsgemäß ausgeführt und entsprechende Meldung nach Rußland erstattet werden — oder das Geld für das bolschewistische Hilfspersonal in Deutschland, d. h. für die Sekretäre und Redakteure, bleibt aus.

Dieses in Deutschland tätige Hilfspersonal der Moskauer Exekutive befaßt sich erst dieser Tage wieder mit der „Lage der Partei“, wie sie durch die von den Bolschewisten befohlene neue Politik entstanden ist. Das Ergebnis war, daß in der KPD in Zukunft noch mehr gesäubert werden soll als bisher, und damit man in Moskau auch sieht, wie untertänig unsere Kommunisten den russischen Geldgebern sind, wurden sofort die Mitglieder der „linken Opposition“ Korsch und Schwarz ausgeschlossen, auch ihre Reichstagsmandate sollen sie niederlegen. Diese Forderung der kommunistischen Parteizentrale dürfte aber erfolglos bleiben, da sich Korsch und Schwarz voraussichtlich mit dem schon seit Monaten aus der KPD davongewandten Iwan Kax zu einer Fraktionsgruppe verbinden werden. Bei den Auseinandersetzungen in der KPD hat diese Gruppe übrigens Aussicht, langsam die im Reichstag zu einer Fraktion erforderliche Stärke von 15 Mann zu erreichen; denn mit den Ausschüssen innerhalb der KPD ist man erst am Anfang. Der Hinauswurf von Ruth Fischer, Maslow, Urbahn und anderer führender Mitglieder der „linken Opposition“ steht unmittelbar bevor. Es wird nicht lange dauern, dann werden auch sie sich wieder gegenseitig beföhden und schließlich dürfte aus den jetzt innerhalb der KPD sich bekämpfenden fünf Gruppen mehr als ein Duzend werden. Die Anzeichen zur Liquidation des Kommunismus in Deutschland sind jedenfalls vorhanden; sie werden sich voraussichtlich nach dem bisherigen Stadium der Entwicklung stetig vergrößern und eines Tages zu einem traurigen Ende der von Moskau finanzierten bolschewistischen Filiale in Deutschland führen.

Antwachen der sozialistischen Bewegung in Südamerika. In den kürzlich in Argentinien gefundenen Wahlen in das Abgeordnetenhaus gelang es der sozialistischen Partei, ihre Mandatszahl von achtzehn auf neunzehn zu erhöhen. In Buenos Aires allein erhielt die sozialistische Partei rund 64.000 Stimmen. — Gemäß einer Nachricht aus Guayaquil konstituierten sich die Sozialisten Ecuador als sozialistische Partei. Sie werden an den nächsten Wahlen zur Konstituante teilnehmen.

Ausnahmezustand im Textilgebiet von New Jersey. Vor sechs Wochen traten die Textilarbeiter von Passaic und Garfield in einen Lohnstreik ein, in dessen Verlauf die Polizei den Ausnahmezustand über das vom Streik betroffene Gebiet verhängte. Gleich von vornherein ging die Polizei mit den brutalsten Methoden daran, die Streikenden in ihrem Kampfe einzuschüchtern. Mit Gummiknüeten und mit Tränengasbomben wurden mehrere Streikversammlungen auseinandergetrieben. Journalisten, welche die Polizei bei der „Arbeit“ photographieren wollten, wurden geschlagen und ihre Apparate zertrümmert. Der Kandidat New York der sozialistischen Partei, einer der rührigsten Genossen der amerikanischen Arbeiterbewegung, wurde bei einer Streikversammlung verhaftet. Der Kampf der Textilarbeiter, die zu den schlechtest bezahlten Arbeiterkategorien Amerikas zählen, dauert noch an.

Devisenkurse.

Prager Kurse am 21. April.

	Geld	Mare
100 holländische Gulden	136,8	1362,00
100 Reichsmark	893,25	897,25
100 belgische Franken	120,30	121,70
100 Schweizer Franken	652,25	655,25
1 Pfund Sterling	104,00	105,90
100 Lire	135,55	138,05
1 Dollar	33,70	34,00
100 französische Franken	111,82,50	113,82,50
100 Dinar	58,37,50	59,87,50
10.000 ungarische Kronen	4,69 1/2	4,78 1/2
100 polnische Zloty	297,00	303,00
100 Schilling	478,25	479,25

Auf dem Wege zur Einheitsfront.

Ungehörige Beschimpfungen der ostböhmischen Arbeiterschaft durch die kommunistische Presse. — Ein Versammlungsbericht, der keinesgleichen an Verdrehung der Tatsachen sucht. — Die Kommunisten möchten ihre Niederlage in Jungbuch hinter gemeinen Beschimpfungen verbergen.

Man war in den Regionen, in denen der „Vorwärts“ und die „Internationale“ gedeihen, das Stärkste gewohnt. Einen auch nur annähernd objektiven Versammlungsbericht wird von den Kommunisten niemand erwarten. Was sie zu leisten imstande sind, erfährt man bei den Wahlen, als z. B. aus der Prager Rede des Genossen Renner „Zitate“ wiedergegeben wurden, die sich der Schreiber aus den Fingern gesogen hatte, als über eine andere Prager Versammlung berichtet wurde, sie sei außer von den Kommunisten nur von Sakentzählern besucht gewesen, obwohl unsere Genossen sich den Kommunisten in einer für diese nicht angenehmen Weise bemerkbar machten. Wir erinnern an die Experimente, die sich der „Vorwärts“ einmal mit reichsdeutschen Wahlzählern geleistet hat und deren Schönheitsfehler nicht dadurch beseitigt werden, daß der „Vorwärts“ das von ihm selbst in solchen Fällen als inkompetent für die Meinung der Arbeiter gekennzeichnete tschechoslowakische Preßgericht zu seiner Ehrenrettung mobilisierte. Aber was sich die Schwarzfärbler von Reichenberg in dem Berichte über die letzte kommunistische Versammlung in Jungbuch leisten, das übertrifft alles bisher Erlebte.

Da ist schon die Ueberschrift ein Kapitel für sich. Den Tatbestand, daß die in Niederjungbuch von den Kommunisten einberufene Versammlung zu vier Fünfteln sozialdemokratische Arbeiter als Besucher hatte, daß diese Arbeiter nicht nur den Judas Schenk, sondern auch seinen Herrn Leutnant Kreibitz auspuffen und gegen die Spaltungsvorläufe der Kommunisten energisch Stellung nahmen, glaubt der „Vorwärts“ gekennzeichnet zu haben, wenn er den Bericht über-schreibt:

„Die Angst vor dem Kommunismus.“

Auch im Text ist von der „Feigheit, der „wahnsinnigen Angst“ der Sozialdemokraten die Rede. Angesichts der kläglichen Niederlage der Kommunisten mühen diese Ausdrücke an wie die bekannte Redensart des bramabarisierenden Spieglers „Ich zieh' auf, er haut mir eine herunter“ oder auch die andere „Wenn ich mich nicht zurückhalte, haut er mir eine herunter“. Das sind nur die schmerzhaften Seiten des Berichtes, der unter andern auch die „eiserne Disziplin“ der Kommunisten rühmt, die sich nicht „provokieren“ ließen. Aber die ostböhmischen Arbeiter wird vor allem der Ton interessieren, in dem die Kommunisten von ihnen reden. Schon im Untertitel heißt es:

„Besoffene sozialdemokratische Radaubröder sprengen eine kommunistische Versammlung.“

Tagesneuigkeiten.

Das Wunder aus dem Egerland.

„Das Mädchen mit den blutenden Heilandswunden.“

Nicht etwa der christlichsozialen berufsmäßigen Verdummungspresse, sondern dem demokratischen und freisinnigen „Brünnener Tagesboten“ verdanken wir die Kenntnis von einem kolossalen Wunder, das sich in Konnersreuth bei Eger zugetragen hat und über das eben jenes fortschrittliche Blatt einen „Eigentlichen Drahtbericht“ unter allen Anzeichen einer Sensation herausgibt. Es handelt sich um Dinge, schreibt der „Tagesbote“, die

„beweisen, daß auch am Zeitalter des Radio und anderer technischer und wissenschaftlicher Wunderdinge noch sonst an „Wundern“ ganz Erstaunliches geschehen kann. Der Ort Konnersreuth, der auch von Eger nicht weit entfernt liegt, ist seit einer Woche das Ziel ganzer Prozessionen, die sowohl aus dem bayerischen Grenzgebiete als auch aus dem Egerlande kommen, um das Wundermädchen Theresia Neumann zu sehen. Dieses ist die älteste Tochter eines Häuslers und Schneidermeisters, die sich im Jahre 1916 bei einem Brandunglück eine Wirbelsäulenverletzung zuzog. Die Lähmungserscheinungen wollten nicht mehr verschwinden und im Jahre 1919 erblindete das Mädchen. Vier Jahre später, und zwar am 29. März, am Tage der Seligsprechung der heiligen Theresia, wie Theresia Neumann wieder lebend. Der Ortspfarrer weiß übrigens über das Mädchen noch anderes zu erzählen, so zum Beispiel, daß es nach mehrjähriger Lähmung, die ihm das Gehen unmöglich machte, am 30. September 1925, dem Todestage der heiligen Theresia, sich plötzlich vom Bette erhob und wieder gehen konnte. Sie habe eine Erscheinung gehabt, die ihr bedeutet habe, aufzustehen, da sie wieder gehen könne, doch werde sie noch manchen Schmerz und viel Leid zu tragen haben. Am 7. November erkrankte sie wiederum. Der Arzt stellte eine Blinddarmentzündung fest und hielt eine Operation für unumgänglich notwendig. Aber als man Theresia nach Waidhofen bringen wollte, erklärte sie mit visionärer Gestalt, es sei ihre Schutzpatronin vor ihr gestanden und habe ihr gesagt, sie solle in der Kirche

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Freitag.

Prog. 11.30: Landwirtschaftsfunk und Presse-nachrichten; 12: Zeitsignal; 14: Börsennachrichten; 16.30: Nachmittagskonzert; 17.45: Börsennachrichten; 18.15: Landwirtschaftsfunk; 18.30: Uebersetzung aus dem Nationaltheater in Prag v. Smetana: „Sibusha“; 19.15: Landwirtschaftsfunk; 20: Zeitsignal und Nachrichten. — Brunn, 14.30: Nachrichten; 19: Orchesterkonzert; 19.45: Orchesterkonzert; 20.30: Lustige Lieber. — London, 19: Orchesterkonzert; 20.40: Shakespeare-Abend. — Paris, 18.30, 17.45, 21.45: Konzerte. — Berlin, 16.30: Nachmittagskonzert der Berliner Kammerkapelle; 20.45: Sende-Spiele „Leonce und Lena“, Lustspiel in 3 Akten von Georg Büchner, Musik von Walter Braun. — Stuttgart, 19.45: Müggart-Zirkus „Lo spolo deluso“ (Der erwählte Bräutigam), komische Oper. — Leipzig, 16.45: „Arbeiterklub in Gaverbetrieben“, 20.15: „Die Abnign vom Rasdmart“, Operette von Wosler. — Breslau, 16.30: Tschikowsky-Twoakt-Radnuitag. — München, 19: „Der Freischütz“, Oper in 3 Akten von E. M. von Weber. — Frankfurt, 19.45: Hans Sachs und die Nachwelt. — 20.15: Mittagsabend, ein Drama von Paul Claudel. — Wien, 16.15: Nachmittagskonzert; 19: Ludwig van Beethoven: 9. Symphonie. — Zürich, 15: Konzert.

vollen Theresia Neumann bezieht. Diesmal wird sie nicht nach Polnisch-Tschschen schweifen müssen, um zu beweisen, daß die Mazzes aus Christenblut gemacht werden. Jetzt gilt es, nachzuweisen, daß die Karlsbader Juden die Theresia Neumann angesagt haben, um während der Ostern rituellen Erlass für die Karlsbader Oblaten zu bekommen. Natürlich werden die Demokraten diese Erklärung bestreiten, denn die glauben ja an das Wunder, obwohl sie doch ihrer ganzen Zusammenfassung nach weniger dem Gekreuzigten als den Mazzes verpflichtet sind.

Der Fluß der Wahrlagererei.

Die Niederlombarden in der Gegend von Pavia gehört zu den Teilen Italiens, die am meisten von landstreichenden Zigeunern heimgesucht werden. Die Zerstreung der Höfe, der herrschende Aberglauben und eine geheimnisvolle Furcht, die die braunen Gesellen und Weiber verbreiten, sind diesen Landstreichern förderlich und machen ihren Bettel zu einem ganz entraglichen Gewerbe. Ihre Wahrsagungen werden häufig vom unwissenden Landvolk gleich einem Evangelium geglaubt, und wie ernste Folgen die von ihnen ausgehende Suggestion haben kann, zeigen die folgenden Fälle. Eines Abends sahen im kleinen Dörfchen Berbo drei Frauen der Familie Milani ums Herdfeuer, als eine Zigeunerin anklopfte, eintrat und der ältesten sagte, ihre Tochter sei im Hospital von Pavia sehr krank. Obwohl diese Tatsache im ganzen Dorfe bekannt war, sie überraschte doch die Kenntnis der Zigeunerin die drei Frauen und als die Landstreicherin ihnen be-fahl, ein Kartenpiel zu hosen und daraus eine Karte zu ziehen, da gehorchten sie ohne Widerrede. Die Zigeunerin sagte, die Kranke sei auf einem Friedhofe verbergt worden, könne aber durch eine Gabe von zehn Lire befreit werden. Natürlich gaben die Bauernweiber diesen kleinen Betrag, aber eine der Töchter verfiel doch unter der Nach-wirkung der Weissagung einer schweren Psychose. Sie wurde von einem heftigen Zittern befallen, wies Speise und Trank zurück und wollte ihre Angehörigen nicht mehr kennen. Der Geist des Mädchens schien verdunkelt und ihr Körper verfiel zusehends. Alle Einsprüche, daß die Zigeunerin eine Schwindlerin sei, die physischen und physischen Kuren der Ärzte und die Bemühungen der Geistlichkeit erwiesen sich als vergebens. Endlich schien eine kleine Besserung einzutreten und das Uebel aufgehoben zu sein, als eine neue Bewundlung eintrat. Eine Kusine der Kranken, Maria Magnani, eine gute Hausfrau von dreißig Jahren und Mutter von zwei Kindern, verfiel plötzlich der Schwermut. Sie glaubte, vom Teufel befallen zu sein, und nichts mehr aus dieser Erde zu tun zu haben. Auch um sie bemühten sich Ärzte und Geistliche; der Erzpriester des Ortes führte sie sogar zum Bischof von Pavia und ließ sie dort liegen. Als sie am Karfreitag aus der Messe nach Hause gekommen war, hörte ihre Mutter nach einigen Minuten verzweifelte Hilferufe. Die Alte stürzte in die Kammer der Tochter und erlebte dort einen entsetzlichen Anblick: die wahnsinnig gewordene junge Frau lag in Flammen eingehüllt auf ihrem Bette. Den Bemühungen der Mutter, sie aus diesem Folter-bett zu befreien, setzte sie energischen Widerstand entgegen, indem sie sich an den Eisenstäben des Bettes verzweifelt festhielt. Endlich aber gelang es der Mutter, die ihren Brandwunden nicht achtete, die Tochter an den Füßen vom Bette herabzuziehen, Infolge der schrecklichen Brandwunden verschied die junge Frau nach dreißig Stunden fürchterlicher Qualen. Dies neue Unglück machte in dem kleinen Dorfe den schwersten Eindruck und die Leute sagten, daß die Tote gleich ihrer Kusine das Opfer einer Wahrsagerin wäre. Als die Kusine vom dem Feuer-tod erfuhr, sank sie in ihre alte Krise zurück. Zwei weitere Frauen des Dorfes sind einer ähnlichen Marie verfallen, nachdem sie sich die Karten hatten legen lassen und aus anderen Dörfern der Provinz Pavia werden ähnliche Fälle gemeldet. Infolge dieser Ereignisse ist in der Gegend ein fürchterlicher Haß gegen die Zigeuner entbrannt und man fürchtet für diese das Schlimmste, was sie sich je wieder sehen lassen sollten.

Sechsmal kommt in dem Bericht das Wort „Radaubröder“, vor, dazu kommen dann „Krawallmacher, Krawallmacher, Niedertracht dieser Gesellschaft, alkoholisierte Radaubröder“. Den Sozialdemokraten wird vorgeworfen, daß sie eine Schlägerei provozieren wollten u. a. m.

Nur eine Probe aus dem Bericht: „Darum beschloßen sie, um jeden Preis zu verhindern, daß Schenk und Kreibitz in Niederjungbuch sprechen. Sie boten ihre berückigten Krawallmacher und Radaubröder aus dem ganzen Kupatole auf, um die kommunistische Versammlung zu sprengen. Durch List oder Gewalt erreichten sie vom Wirt die vorzeitige Oeffnung des Saales und besetzten die Plätze um das Präsidium herum und in der Mitte des Saales. Als die Versammlung eröffnet werden sollte, verhinderten sie das durch ein dreiviertel Stunden andauerndes Brüllen, Pfeifen, Trampeln und andere Methoden ostböhmischer sozialdemokratischer Bildungsarbeit. Die Trautenauer Parteibonzen sowie Dr. Strauß aus Prag sahen und hörten dem Toben der zum guten Teil auch alkoholisierten Radaubröder schmunzelnd zu. Der große Saal, der tausend Personen faßt, war voll besetzt. Die Schär der Radaubröder bestand nur aus etwa 150 der allergetreuesten und festesten sozialdemokratischen Anhänger aus dem ganzen Kupatole.“

Natürlich wird nicht erzählt, bei welcher Gelegenheit die Empörung der Arbeiter jenen Grad erreichte, der ein Weitertragen der Versammlung unmöglich machte. Mit keinem Sterbenswürthchen wird erwähnt, daß Schenk gestanden hat, vor ihn bezahlt und daß sich auf dieses Geständnis hin die Wut der Arbeiter entlud. Der Bericht wird gerade an dieser Stelle ganz schlicht und trocken und referiert:

„Nachdem Gen. Schenk etwa zwanzig Minuten das Wort gehabt hatte, wozu er aber infolge des Radaues der Sozialdemokraten kaum die Hälfte wirklich sprechen konnte, stand der Vorsitzende auf und schloß die Versammlung. Dieser Schluß war der eindruckvollste Erfolg der Disziplin unserer Genossen.“

Zum Schluß sprechen die Kommunisten die Hoffnung aus, daß wir ihnen noch mehr solche Versammlungen bereiten und stellen fest, daß sie „damit zufrieden sein können“.

Unsere ostböhmischen Arbeiter werden es auch sein und sind obendrein zufrieden mit dem kommunistischen Bericht, der endlich einmal die Maske der Einheitsduselei fallen läßt und offen Farbe bekennet.

dem Herrgott für ihre Heilung danken, die auch sofort erfolgte.

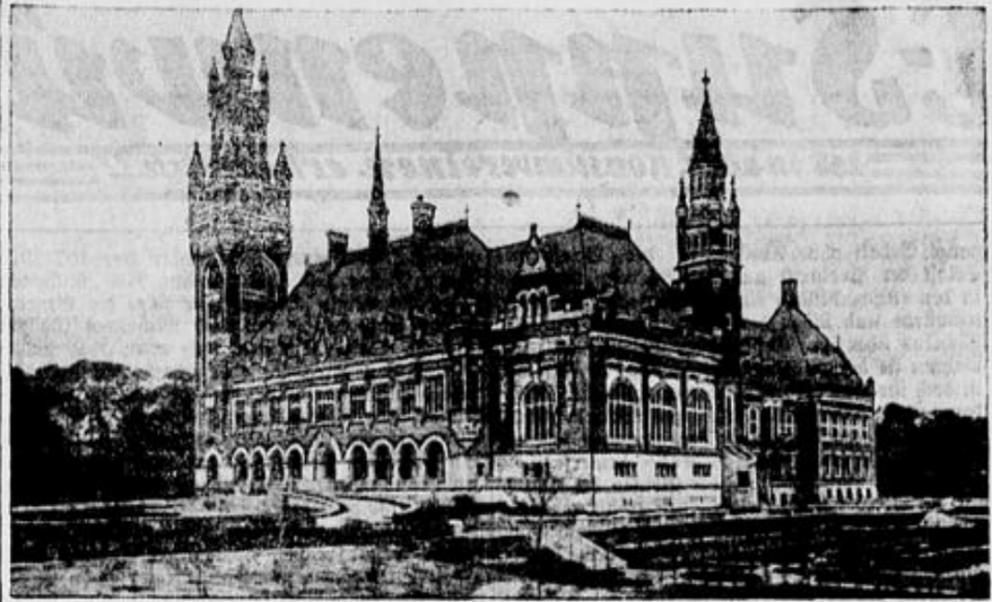
Der Schmerz war verschwunden, während der Nacht gingen die Eiterungen ab und am andern Tage konnte die Genesene im Ort spazieren gehen. Nun aber kam am Karfreitag d. J. das verblüffendste „Wunder“. Ueber die Wangen des Mädchens rann in zwei schmalen Streifen Blut, das aus ihren Augen lief. Auch aus dem rechten Ohr fließt Blut und um 3 Uhr nachmittags, der Todesstunde des Heilands, macht Theresia ganz den Eindruck einer Sterbenden. In diesem furchtbaren Zustande verharret sie bis zum Oster-sonntag. Dann erholt sie sich zusehends, erzählt ihrer Umgebung und dem Ortspfarrer, daß sie am Karfreitag den ganzen Leidensweg und alle Qualen des Erlöser vom Oelberg bis Golgatha miterlebt habe. Dabei klagt sie über Schmerzen an den Händen und Füßen und an der Brust, und siehe da, sie hat an der Oberfläche der Hände, an den Füßen und an der Brustseite

offene Wunden, die völlig denen des Gekreuzigten ähneln und aus welchen Blut rieselt.

Vierzehn Tage lang haben die Wunden geblutet, jetzt sind sie mit einer dünnen Haut überzogen und scheinen einander völlig gleich. Nicht nur die Ortsbewohner, sondern ein großer Teil der weitesten Umgebung von Konnersreuth ist überzeugt von dem Wunder . . .

Daß die Bauern von Konnersreuth an diese „Wunder“ glauben, ist zwar mit Rücksicht darauf, daß Eger angeblich nicht weit von Mitteleuropa liegen soll, traurig genug, aber bei der vorbildlichen Erziehungs- und Aufklärungsarbeit, die die Dorfpfaffen in besonderen und die Kirche im allgemeinen leistet, noch begreiflich. Daß aber ein hauptstädtisches Tagblatt, und noch dazu ein „liberales“, demokratisches Organ, durch sensationelle Aufmachung dem Idiotismus gewisser Werkzeile entgegenkommt und Romane, die heutzutage selbst vom Bonifacius-Blatt nur mit Vorsicht weitergegeben werden, als größtes Ereignis vom Tage kolportieren — das geht doch über die Hutshaur! Erklären kann man sich diesen Dienst für die Blödsinnigkeit dieser Presse, die da weiß, daß die demokratischen Juden schon Verständnis dafür haben werden, wenn auch den Kerkelweibern etwas geboten wird. Nun warten wir nur noch, bis die „Deutsche Wehr“ in Eger ihre all-deutsche Stellung zu den Wunden der munder-

Jubiläum des Internationalen Schiedsgerichtshofes



Der Internationale Schiedsgerichtshof im Haag, hervorgegangen aus den Haager Friedenskonferenzen, feiert in diesem Jahre sein 25jähriges Bestehen.

Der Herr Bezirkshauptmann, Kaiser Josef und die Eisenbahnen. Das kleine Städtchen Weipert nannte mit Stolz ein Kaiser Josef-Standbild sein eigen. Natürlich fiel es samt dem Sockel so wie so viele andere Josefdenkmäler. Dazwischen wäre nichts Besonderliches. Köstlich aber ist der Inhalt des jetzt erfolgten Erlasses durch den Amtsleiter der Politischen Bezirksverwaltung in Weipert. Man muß ihn schon wörtlich herlesen, damit Wort und Nachwelt ja nicht auch nur um einen Punkt dieses Kulturdokuments kommen, das da lautet:

Nach Erschöpfung des Instanzenzuges den behördlichen Weisungen folgend, hat die Gemeinde Weipert erst die Statue, dann den Sockel aus den Anlagen vor der Kirche entfernt, so daß nun den Vorschriften Genüge geleistet schien. Allein dies schien nur so, solange die winterliche Schneedecke mit den übrigen Teilen der Anlage auch den ehemaligen Standplatz des Denkmals bedeckte. Jetzt aber, nachdem der Schnee abgeschmolzen ist, zeigt es sich, daß aus der früheren Grundfläche des Denkmals noch vier durchlöcherige Eisenbahnen von 5 Zentimeter Breite und 1 Zentimeter Dicke etwa 12 Zentimeter hoch herausragen. Diese 4 Schienen, an sich vielleicht unbedeutend, sind immerhin geeignet, die Erinnerung an den Sockel und damit an die Statue wach zu erhalten (!) oder hervorzuheben, um so mehr, als sie durch ihre Stellung im Quadrat genau die Fläche bezeichnen, auf der sich früher das Denkmal erhoben hat. Da sie also an ein zu Ehren des früheren Herrscherhauses errichtete Denkmal erinnern und daher einen Teil der Einwohnerlichkeit in seinem völkischen Empfinden verletzen könnten, wird auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik (§ 26) aufgetragen, diese hervorstechenden Eisenbahnen binnen 14 Tagen nach der Rechtskraft dieses Auftrages zu entfernen, und zwar mindestens soweit, als sie über die Betonunterlage herausragen.

Da sage noch einer, daß so ein Leiter eines politischen Bezirksamtes seinen Gehalt nicht verdiene! Wir wollen nicht beleidigt werden, aber irgendwelche edlere Organe scheinen bei diesem famosen Amtsleiter, der eine prächtige Wighlafffigur abgab, doch „durchlöcher“ zu sein. Und da man da nicht gut den Antrag auf Entfernung innerhalb 14 Tagen stellen kann, so empfehlen wir Vorseitigung mit Stumpf und Stiel und Sockel.

Christ eure deutschen Meister! Die „Marienbader Zeitung“ erhielt von der Genossenschaft der Fleischerhauer im Marienbader Bezirk folgenden Brief:

„Die in Nr. 53 enthaltene Notiz auf Seite 3 unter „Heutige Meldungen“ mit der Ueberschrift „Der Raubmord in Rodendorf“ erweist in dem Satze „Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß der Täter dem Schlächter oder Fleischerberuf angehört“ den Anschein, als ob Fleischerhauer Mörder wären. Unsere Genossenschaft legt entschieden Verwahrung dagegen ein, den Beruf des Fleischerhauer auf eine solche Art zu erniedrigen und eruchen wir um Widerruf dieses bezweifelten Satzes. Sollte unserm Ansuchen nicht entsprochen werden, so müßten wir gegen den verantwortlichen Schriftleiter Ihres sehr geschätzten Blattes gerichtliche Schritte einleiten. Für die Genossenschaft: Johann Schirmer, Vorstand“

Ja, sie haben einen guten Schirmer, diese Marienbader Fleischerhauer. Man wird künftig auch vorsichtiger sein müssen und nicht etwa die Vermutung aussprechen dürfen, daß die Arbeit irgend eines Einbrechers darauf schließen lasse, daß er was vom Schlosserhandwerk versteht, weil man sonst mit dem Aufmarsch der Ränke vor Gericht rechnen müßte. Allen voran die Fleischerhauer, die ihre Ehre wie Löwen verteidigen.

Der neue Vertrag mit dem Deutschen Landes-Theater. Vom Landesausschuß für Böhmen wird uns mitgeteilt: Der Landesausschuß in Prag genehmigte in seiner Sitzung vom 21. April 1926 den neuen mit dem Deutschen Theaterverein abgeschlossenen Vertrag über die Subventionierung des neuen Deutschen Theaters in Prag. Der Vertrag läuft bis Ende Juni 1928 und überträgt alle dem Herrn Direktor Kramer als Vertragskontrahenten des Landes bisher zustehenden Rechte an den Deutschen Theaterverein. Im übrigen lehnt er sich an die Bestimmungen des alten mit der Direktion des ehemaligen Ständetheaters abgeschlossenen Vertrages an, welchen Direktor Kramer als gegenstandslos erklärt. Dadurch ist seit der Beschlagnahme des Ständetheaters ein neuer Rechtszustand geschaffen.

Gottesgeschenke. Der völkische Dichter Walter Bloem hat zum Gebrauch für halbkreuzlerische Kulturorganisationen ein Gedicht verfaßt, in dem es heißt:

Uns aber, den Menschen,
gibst du den hellen Verstand
zum Söden und Bauen,
zum Malen und Dichten,
aber zur Schlacht nicht minder — —
Unterseeboote,
Maschinengewehre, Fliegerbomben,
Tanks
sind Gottesgeschenke...
Du schirfst uns,
zu Böllern uns zusammenballen,
zusammengeballt
um Belledplätze ringen und Wasserstellen,
Exerzierreglements verfassen
und Felddienstanordnungen! —
Daß Unterseeboote, Maschinengewehre, Fliegerbomben und Tanks Gottesgeschenke sind,

muß schon wahr sein, sonst hätte sie ja die Kirche nicht gesehnet. Durchaus unglaublich ist es aber, daß Gott dem Herrn Bloem den hellen Verstand zum Dichten gegeben hat — es sei denn den Verstand, Exerzierreglements und Felddienstanordnungen zu verfassen.

Die Reisen eines falschen Blinden. In Leoben ist ein Schwindler in Haft, der ganz Mitteleuropa in der Maske eines Blinden bereist hat. Der Mann, der etwa fünfundsiebzig Jahre zählt, wurde wegen verschiedener schwerer Verfehlungen dem Kreisgericht eingeliefert. Er gab sich für einen Blinden aus und um den Eindruck der Hilflosigkeit zu erhöhen, ließ er sich von einem dressierten Schäferhund führen. Er selbst trug schwarze Hornbrillen; der Hund hatte ein Riemengeschirr, das an den beiden Seiten und am Rücken Tafeln mit dem Roten Kreuz trug. Auch der Mann selbst hatte am Arm eine Binde mit dem großen Roten Kreuz. Als aber der Mann in Haft war, stellte sich heraus, daß er überhaupt nicht blind ist. Er gab an, er heiße Richard Oberländer, habe aber auch einen falschen Paß auf den Namen Karl Viktoria bei sich. Eine Tafel, die er gewöhnlich trug, hatte die Inschrift: Gänzlich erblindeter Kirchenmusikant. Den falschen Paß will er in Wien gekauft haben. Außer in der Umgebung von Leoben, Donauwirth und Judenburg hat sich der Hochstapler nach den Fahrkarten, die man bei ihm fand, in weiten Teilen des Deutschen Reiches und Oesterreichs herumgetrieben. Wie der Mann wirklich heißt, ist noch nicht bekannt.

Die Jugendpioniere in Amerika. Die Jugendpioniere Amerikas hielten zu Beginn des Monats März eine Konferenz ab, um die nötigen Maßnahmen für die Wirkbarkeit ihrer Kinderclubs und die Errichtung ihrer Zeltlager für den kommenden Sommer zu treffen. Der Präsident der Bewegung, E. J. Curtis, schreibt in diesem Zusammenhang: „Wir waren in unseren Bestrebungen für den Ausbau der Jugendpionierbewegung sehr erfolgreich. In New York und Philadelphia gibt es bereits mehr als 30 Klubs und wir werden in diesem Sommer drei Zeltlager organisieren. Die jüngsten gesunder Unterhaltung und zur Organisierung von Studien und Diskussionen angeleiteten Bestrebungen gehören zu den schönsten Ertragsenschaften der Arbeiterbewegung. Die Tatsache, daß den Kindern Gelegenheit gegeben wird, unter Führung arbeiterfreundlicher Erzieher ihre eigenen Zeltlager zu planen, zu errichten und zu verwalten, sowie ihre Klubangelegenheiten selbstständig zu erledigen, vermittelt diesen jungen Elementen einen wirklichen Sinn für soziale Verantwortlichkeit und trägt viel zur Vorbereitung ihrer Mitgliedschaft bei den Gewerkschaften bei. Die Arbeiter haben es zu lange geduldet, daß sich arbeiterfeindliche Kräfte mit der Geistesbildung ihrer Kinder befassen. Es ist erfreulich, daß die Knaben und Mädchen, mit denen wir in Kontakt treten, lebhaftes Interesse für die Kämpfe der Arbeiter an den Tag legen und unsere sozialen Ideale zu würdigen wissen.“

Von der deutschen Staatslehrerbildungsanstalt in Prag wird uns mitgeteilt: Die Aufnahmsprüfungen in den ersten Jahrgang dieser Anstalt und in den ersten Jahrgang der Kindergärtnerinnen-Bildungsanstalt finden am 26. Juni 1926 um 9 Uhr früh statt. Anmeldungen dazu (Taufschein, Heimatschein, letztes Schulzeugnis) können jetzt schon eingebracht werden. Begründete Gesuche um Altersnachfrist (höchstens sechs Monate vom 31. August an gerechnet) sind an den Landesdirektor zu richten und bis längstens 8. Mai bei der Direktion einzureichen. Die Externistenprüfungen für Kindergärtnerinnen beginnen am 7. Juni l. J. Die Gesuche dazu sind bis 20. Mai bei der Direktion einzureichen.

Druckfehler-Richtigstellung. In dem Artikel „Um die Gerweidböfle“ findet sich auf Seite 2, 2. Spalte, 1. Absatz ein Druckfehler. Es soll natürlich heißen: ... das sind von der sogenannten landwirtschaftlichen Bevölkerung rund 17 Prozent“, nicht 1,7 Prozent.

Im Elmer ertrunken. Während der Abwesenheit seiner Mutter begab sich der zweijährige Anton Komfa im polnischen Utesjuw über einen am Boden stehenden, gefüllten Wassereimer. Dabei verlor er das Gleichgewicht und tauchte mit dem

Kopfe in das Wasser. Da sich der Kleine nicht allein wieder herausheben konnte, ertrank er.

Durch Beichtflinn den Kameraden getötet. Durch Unvorsichtigkeit erschossen wurde auf dem Gensendepolize in Sablonz der 32 Jahre alte Gräbner Hugo Wondrak. In seiner Gesellschaft befanden sich drei junge Männer, darunter der 33 Jahre alte Artur Zeiboth, der seinen Begleitern einen vermeintlich ungeladenen Revolver zeigte. In dem Augenblicke, als Zeiboth die Waffe einstecken wollte, entlud sich diese und traf Wondrak so unglücklich in den Unterleib, daß er nach Ueberführung ins Bezirkskrankenhaus noch im Laufe der Nacht gestorben ist.

Gattenmord. Am 19. April früh ist in Unter-Raxdorf die Grünzeughändlerin Faltus in ihrer Wohnung mit eingeschlagener Schädeldecke tot aufgefunden worden. Ihr Gatte, der im „Schienhof“ in Reichenberg als Koch bedienstete Rudolf Faltus, hatte sich am 18. d. M. auf dem Wege zu seinem in Antoniwald beschäftigten Bruder geäußert, daß er seine Frau erschlagen habe. Als Frau Faltus nicht zu sehen war, ließ die Gendarmerte die Tür der Wohnung öffnen. In angelegentlichem Zustande lag Frau Faltus tot in der Stube und neben ihr der Hammer, mit dem der Mord verübt wurde. Rudolf Faltus hat sich inzwischen der Polizei als Täter gestellt.

Den Bruder erschlagen. Der 23jährige Otto Schuh in Toghau bei Duppau erschlug seinen Bruder mit der Hade. Ueber die Tat selbst sind folgende Einzelheiten zu berichten: Der Geübteste, Osmund Schuh, dessen Eltern mit dem 23jährigen taubstummen Sohn Otto in Toghau ein kleines Anwesen bewirtschaften, ist wegen Diebstahls und Betrügereien schon wiederholt vorbestrafter Tagedieb. Zuletzt war er wegen eines verjuchten Betruges vom Brüxer Kreisgerichte zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden. Nach Verbüßung der Strafe war er nach Toghau zurückgekehrt und hatte sein liederliches Leben fortgesetzt. Schließlich hatte er sich auch nicht geschert, die alten Eltern zu bestehlen und es war deshalb zu Zwistigkeiten zwischen den Eltern und Otto Schuh einerseits und Osmund Schuh andererseits gekommen, wobei Osmund Schuh einmal drohte, das elterliche Anwesen in Brand zu stecken. Am 14. April hatte er seine Eltern abermals, und zwar um einen Betrag von 240 K., bestohlen und war aus dem Elternhause geflohen. Als dieser Tage Otto Schuh in einem Wäldchen, etwa eine halbe Stunde vom Orte entfernt, mit einigen Leuten rodet, tauchte gegen halb 6 Uhr abends Osmund Schuh auf. Die beiden Brüder kamen in Streit und plötzlich ging der Taubstumme, der befrigt erregt war, mit erhobener Hade gegen den Bruder los. Osmund Schuh flüchtete, wurde aber eingeholt und vom wütenden Bruder mit drei Schlägen über den Kopf niedergeschlagen, so daß er schwer verletzt und bewußtlos liegen blieb. Osmund Schuh wurde sofort in das Karlsbader Krankenhaus gebracht, doch starb er bereits unterwegs. Der Täter Otto Schuh wurde noch am selben Abend von der Gendarmerte in Duppau in Haft genommen. Er rechtfertigte sich damit, daß der Bruder ihn und seine Eltern fortwährend bestahl und daß er ihn deshalb geschlagen habe. Die Absicht zu töten habe er nicht gehabt. Otto Schuh ist dem Brüxer Kreisgerichte eingeliefert worden.

Durch einen Riesenbrand wurde die Wassermessfabrik Reinecke in Karlowitz bei Breslau vollkommen vernichtet. Das 60 Meter lange und 45 Meter breite Montagegebäude der Fabrik, in dem sich Teile von 5000 Wassermessern befanden, ist bis auf die Grundmauern ausgebrannt. Die Fabrikleitung führt das Feuer auf Brandstiftung zurück.

Eine eigenartige Freiheitsberaubung ist von der Staatsanwaltschaft Berlin an einer jungen Tängerin namens Grit Karlen verübt worden. Grit Karlen unternahm im April 1925 eine Tansjournee nach Spanien und wurde ein paar Tage nach ihrer Abreise am 16. April von der spanischen Polizei auf Antrag der deutschen Staatsanwaltschaft verhaftet und in das Frauengefängnis von Barcelona eingeliefert. Grit Karlen versuchte mit ihrem Konsulat in Verbindung zu treten, leider vergebens. Es vergingen Wochen und Monate; am 25. November wurde sie von der Gendarmerte zur Bahn gebracht und über die Pyrenäen nach Frankreich abgeschoben.

In einem französischen Provinzgefängnis mußte sie dann wochenlang bei einer elenden Kost und unter den primitivsten sanitären Verhältnissen Wäsche waschen und Treppen scheuern. Am 23. Dezember wurde sie nach Lyon, am 28. Dezember nach Mey gebracht. Von dort ging die Fahrt nach Deutschland a. M. und Halle kennen lernte. Erst am 16. Jänner 1926 wurde sie dem Untersuchungsrichter beim Landgericht III in Berlin vorgeführt. Nach einer halb-tägigen Vernehmung wurde sie freigelassen. Die angeblichen Verdachtsmomente, die sich durch den betrügerischen Vanterott ihres Bräutigams über ihr verdichtet hatten, zerstreuten sich durch die kurze Vernehmung und den Eintausch auf entlastende Papiere und Zeugen.

Eine Versicherung gegen Regenwetter ist soeben in New York ins Leben gerufen worden. Die Polizey-Inhaber sind gegen Verluste an Ausgaben oder erwarteten Einkünften geschützt, sofern ein unvorhergesehener Regenguß die Ursache der Minder-einnahme ist. Für gewöhnlich versichert man sich für 6 bis 8 Stunden. Für Stubenbesitzer, Gastwirte, Freizeithäuser und dergleichen erwies sich das Verfahren schon in den ersten Wochen als sehr vorteilhaft. Natürlich prüft die Versicherungsgesellschaft jeden einzelnen Fall sehr genau; wissenschaftliche Tabellen werden herangezogen und die Wetterpropheten haben ein neues Abgabegeld.

Den neuesten Hungerrekorde hat am Dienstag nachmittags 3 Uhr im Lehrervereinshaus am Alexanderplatz in Berlin ein neuer Hungerkünstler namens Ventoago aufgestellt und die bisherigen Inhaber des Weltrekords, Gastello und Harry, überflügelt. Ventoago hat die letzte Nacht sehr unruhig verbracht. Doch gefällt es ihm in seinem Glaskasten so gut, daß er ihn erst am 26. April verlassen will. Er hat dann 51 Tage ohne Nahrungsaufnahme zugebracht. Seine bisherige Gewichtsabnahme beträgt 30 Pfund.

Weiterübersicht vom 21. April. Auch gestern hielt in der ganzen Republik das unbeständige Wetter mit Schauer an. Im äußersten Osten des Staates erhoben sich die gestrigen Nachmittagsstemperaturen über 16 bis 18 Grad Celsius (Rakus, Ungar). In Böhmen, Mähren und der Westflora blieben demgegenüber die Maximaltemperaturen auf einen relativ niedrigen Stande, stiegen aber nicht über 11 bis 12 Grad. Niederschläge gingen über dem ganzen Staatsgebiet nieder, erreichten jedoch nur in den Berggegenden und im Osten eine größere Ergiebigkeit (Rakus 15 Mm., bei Gwitte). Auf dem Böhmerwaldkamme fiel heute morgen Schnee. — Wahrscheinliches Wetter von Donnerstag: Noch unbeständig, zeitweise Schauer, mäßige Wärme, Westwind.

Mutter und Kind im Mittelalter.

Schon im Mittelalter wurden schwangere Frauen und Wöchnerinnen von Fürsorgemaßnahmen und helfendem Beistand umgeben. In vielen Dörfern erhielt die „Kindbetterin“ Freilohn — bei der Geburt eines Knaben ein Fuder, bei der eines Mädchens die Hälfte oder nur einen Karren voll. Der Bauer, dessen Frau im Wochenbett lag, brauchte im Gefolge seines Herrn nur so weit zu ziehen, daß er bei Tage nach Hause gelangen konnte, und wenn er in Frau arbeitete, war es ihm erlaubt, die Pferde auszuspannen, um nach Hause zu ziehen und der Mutter etwas zugute zu tun, damit sie im seinen jüngeren Bauern desto besser säugen und erziehen könne. Der Wöchnerin hatte das Haus des Vaters und das Wirtshaus auch in der Nacht offen zu stehen. Der Zins mußte so still erhoben werden, daß das Kind nicht dadurch gestört wurde, und statt eines ganzen Fuhnes als Zins „sal der auptmann dem hune das heupt abbrechen und sal der fraume das hun geben“.

Bei der Entbindung durfte der Beistand kaum allzu sachkundig in unserm Sinne gewesen sein. Die Hauptrolle war der Beistand erfahrener Nachbarinnen, wenn es auch schon einzelne tüchtige Hebammen im 16. Jahrhundert gegeben haben soll. Außerdem gab es noch andere „geschworene“ Weiber, meist Handwerkerfrauen, die Arzneien bei sich trugen oder aus der Apotheke besorgten, wenn sie nötig waren. Der Name „geschworene“ Frau kam von dem Schwur, der alljährlich von allen Frauen geleistet werden mußte, die sich als Wöchnerin in den Dienst des Staates stellten. 1513 erschien in Strahburg ein Werk „Der Zwangern Frauen und Hebammen Rosgarten“, und 1566 verfuhr die damalige sächsische Kurfürstin eine Hebammenschule einzurichten. Zwischen Meiningen erließ 1682 eine Hebammen-Ordnung, „bieweil man bisanhero leuder gnuglam erfahren müßen, wie so gar unwise und unerfahrene Hebammen in Städten und Dörfern gefunden werden, die außer dem, was die Natur ihnen selbst an die Hand gibt, von nichts anders, denn von eilichen abergläubischen Seegensprechungen und Mißbräuchen zu reden wissen...“ 1683 sollten in Weiskenburg die Hebammen vor den Amtsärzten eine Prüfung machen, aber in vielen Städten gab es selbst um die Mitte des 18. Jahrhunderts noch keine ausgebildeten Hebammen.

Die Augsburger Hebammen-Ordnung von 1750 enthielt die barbarische Bestimmung, daß ledigen Müttern nicht eher geholfen werden sollte, bis sie den Namen des Vaters gesagt hätten. Durch die Magd oder briefflich wurden Verwandte und Bekannte von der Geburt eines Kindes in Kenntnis gesetzt; Geburtsanzeigen in den Zeitungen erschienen zuerst gegen Ende des 18. Jahrhunderts. Arme Wöchnerinnen erhielten schon im 14. Jahrhundert in Nürnberg ein Bett, Geld, Schmalz oder Speisen. In dieser Zeit werden auch zum erstenmal Findelhäuser erwähnt, während Waisenhäuser erst viel später entstanden, im reichen Frankfurt a. M. z. B. erst um 1679. Die Stadt Strahburg sorgte auch im Mittelalter schon für solche Kinder armer Eltern, bei denen sich „sonderbare Gaben verspüren lassen“.

DER MODERNE GEG-SUPPENWÜRZEBETRIEB WURDE ERÖFFNET!

GEG-SUPPENWÜRZEBETRIEB

ist in allen Konsumvereinen erhältlich!!

VERLANGT UEBERALL



Seine große Stunde.

Er ist Angestellter wie die andern und sein Gehalt bewegt sich auf der üblichen Durchschnittsline. Still und bescheiden waltet er seines Amtes. Er überträgt seine Kollegen nicht; auch er wird von seinen Vorgesetzten unanständig behandelt, wenn sie schlecht geschlafen oder irgendwas Unangenehmes erlebt haben. Seine Pflichten bestehen darin, die Kasseneingänge und die Ausgaben sorgfältig zu überwachen und aufzupassen, daß die Kasse abends stimmt. Auch nicht zehn Heller dürfen zu viel oder zu wenig sein. Still läuft sein Leben dahin.

Aber einmal im Monat erfährt es eine Unterbrechung mit Spannungen und Steigerungen. Einmal im Monat wird der Kassierer für das ganze Büro zu einer Persönlichkeit, um die sich alles dreht, die mit einem Male mit Schonung und Ehrfurcht behandelt wird. Plötzlich ist der Kassierer etwas geworden; er hat seine Anonymität abgestreift; er verkörpert das Geschäft; er ist eine machtvolle Persönlichkeit; er zählt die Gehälter aus. Ja, man muß sich mit dem großen Manne gut stellen, besonders in einer Zeit, in der man nicht weiß, ob man auch am festgesetzten Tage sein Gehalt erhält, oder ob die wohlrenommierte Firma so gut ist, noch ein paar Tage mit der Auszahlung zu zögern, weil andere Verpflichtungen schneller erledigt werden müssen. Eigentlich kann der Kassierer dabei wenig ändern; er gehorcht nur den Anweisungen, die er von höherer Stelle erhält, aber immerhin — man kann nie wissen —, und dann hat man Vorschüsse oder andere höchst übersüßige Abzüge, die doch nicht derart dringend sind und vielleicht noch ein wenig zurückgestellt werden können, ohne daß der Chef damit belästigt werden muß. Am Zahltage ist der Kassierer ein Gott, dem man Weihrauch darbringt. Man sucht ihn vom ersten Auftreten an freundlich zu stimmen, man lächelt ihn mehr zu als sonst, man erinnert sich an Abenteuer, die des Erzählens wert sind, und hin und wieder schwingt man sich zu einem Wit auf, den bereits der Erzvater Abraham kannte. Wenn dann der Gewaltige lächelt, hat man das Empfinden, daß alles sehr gut gehen werde, und man sieht bereits das

ganze Gehalt ohne Abzüge in der Brieftasche. Selbst der Prokurist und der Bürochef vergessen in den entscheidenden Augenblicken ihre Vorgesetztenwürde und lassen die Ahnung eines sonnigen Lächelns über ihre Gesichtszüge gleiten. Natürlich wahren sie die Haltung; mein Gott, der Kassierer ist doch ihr Untergebener, aber er wird als Gleichberechtigter behandelt. In kurzen Worten fordert man die Auszahlung, aber doch um eine Nuance höflicher als sonst. Ganz nebenbei bemerkt man auch, wenn man sieht, daß die Kleinen des Büros ihr Gehalt in kleinen Geldscheinen erhalten haben, daß man großes Geld wünsche und den Vorschub dieses Mal nur zur Hälfte abgezogen haben möchte. Das spricht natürlich ein anständiger Prokurist wieder mit Vorgesetztennähe und ganz beiläufig, als ob es eine absolute Selbstverständlichkeit sei, aber ganz im Hintergrunde sitzt doch ein jaghaftes „Bitte, bitte!“

Der Kassierer lächelt entgegenkommend. Natürlich sind noch große Geldscheine da für den Allgewaltigen des Büros, trotzdem vorher einem der Kleinen entschieden erklärt wurde, er müsse mit 20K-Scheinen zufrieden sein. Auch der Abzug des Vorschusses kann ganz gut geteilt werden. Der Kassierer ist auf einmal selbst kolligial geworden. Warum soll er nicht der Bitte des Prokuristen nachgeben, aber wenn er wollte, dann könnte er Schwierigkeiten machen, könnte zeigen, wieviel heute von seinem Willen abhängt. Er wird sich hüten, denn es kommen auch wieder andere Tage, und der kluge Mann baut vor. Natürlich ist man kollegial; man kann es sich ja heute leisten, aber man darf nie die natürliche Ordnung vergessen, die Kirche muß im Dorfe bleiben. Schließlich wird der heute Gefürchtete nervös; nein, beim besten Willen kann er nicht alle Sonderwünsche berücksichtigen. Warum jetzt eine a conto-Zahlung? Alles kommt durcheinander. Man muß warten lernen. Einer nach dem andern! Morgen sind auch noch die Geschäfte offen. — Jeder Mensch hält eben einen kleinen Tyrannen in seiner geheimsten Herzkammer vor den Augen Neugieriger verschlossen.

Am nächsten Tage geht alles wieder seinen gewohnten Gang. Still und bescheiden werden die Aus- und Eingänge durchgezählt, bis wieder ein Monat vergangen ist und „die große Stunde“ naht.

Felix Scherret.

Volkswirtschaft.

Amerikanische Unternehmerrgewinne.

Das Blatt des Amerikanischen Bankenverbandes, das „American Bankers Association Journal“, veröffentlicht in einer seiner letzten Ausgaben eine Uebersicht über Unternehmerrgewinne des Geschäftsjahres 1925, die mehr als deutlich erkennen läßt, in welchem Maße sich die amerikanischen Kapitalisten bereichern. Noch im Jahre 1921 waren es „nur“ 32 Gesellschaften, deren Reingewinne die zehn Millionen-Dollar-Grenze erreicht oder überschritten haben; 1922 stieg diese Kategorie auf 51 Gesellschaften, 1923 auf 69, 1924 auf 75 und im Geschäftsjahre 1925 waren es 94 Gesellschaften, die mit oder über zehn Millionen Dollar abschnitten. An erster Stelle steht die Amerikanische Telefon- und Telegraphen-

gesellschaft mit einem Reingewinn von 107 Millionen Dollar, das sind ungefähr 3640 Millionen tschechoslowakische Kronen; ihr folgt die General Motor Corporation mit 106 Millionen Dollar; fünfzehn Delgesellschäften und neun Automobilgesellschaften erreichten oder überstiegen die zehn Millionenengrenze. Eine Angabe über den Reingewinn der Ford Motor Company fehlt merkwürdigerweise. 1924 jedoch betru ihr Reingewinn 115 Millionen Dollar, das sind etwa drei Milliarden neunhundertzwei Millionen tschechoslowakische Kronen; für das Jahr 1925 dürfte man mit einem schätzungsweise Reingewinn von etwa 127 Millionen Dollar rechnen können, also rund 4200 Millionen Kronen. Wie ein blutiger Hahn ist es, wenn der „New York Herald“ vom 7. April seinen Lesern folgendes Märchen vorsetzt: „Im Entlang mit dem niedrigen Preis seines Wagens schloß Mr. Ford gestern in einem einfachen Hotelzimmer in Ontario, Kanada, für das er den bescheidenen Preis von 1 Dollar 50 Centis zahlte.“ — Kommentar überflüssig.

Der Schutz tschechoslowakischer Arbeiter in Frankreich.

Wir haben schon einigemal darauf hingewiesen, daß die tschechoslowakischen Auswanderer in Frankreich keinen genügenden Schutz finden. Auch das „Pravo Lidu“ hat auf dieselbe Angelegenheit bereits mehreremal hingewiesen. Nun soll, wie der Pariser Berichterstatter des eben genannten Blattes meldet, die erste Schritt zu einer Aenderung dieser Verhältnisse getroffen werden. Das Ministerium für soziale Fürsorge und des Ministerium des Aeußern haben die Uebereinkunft getroffen, in Paris noch im Laufe dieses Monats ein eigenes Amt zu errichten, welches sich mit der sozialen Fürsorge für die tschechoslowakischen Auswanderer in Frankreich befassen soll.

Kunst und Wissen.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute Donnerstag halb 8 Uhr: „Der frühe Weinberg“. — Freitag, halb 8 Uhr: „Der Selige“, „Brüderlein fein“, „Die schlimmen Buben in der Schule“. — Samstag, 7 1/2 Uhr: „Die verkaufte Braut“. — Sonntag, 11 Uhr: Kammermusik; 2 1/2 Uhr: Gastspiel Pepi Glöckner-Kramer: „Die Rama vom Ballett“; 7 Uhr: Premiere „Eugen Onegin“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Donnerstag, Gastspiel Pepi Glöckner-Kramer: „Die Rama vom Ballett“. — Freitag, Samstag und Sonntag, Gastspiele Gisela Werbezirt: „Rama Pelikan“. — Sonntag, 3 Uhr: „Der wahre Jakob“.

Aus der Partei.

Zur Mafieier.

Wir eruchen alle Parteiorganisationen, welche von irgend einer anderen Partei die Aufforderung zu einer gemeinsamen Mafieier erhalten, dies umgehend dem Parteisekretariat in Prag bekanntzugeben.

Otto Leichter.

Der „Pflanzenzüchter von Santa Rosa“ wurde allgemein der amerikanische Gartentänstler und Pflanzenzüchter Luther Burbank genannt, der in diesen Tagen im 77. Lebensjahre gestorben ist. Auf seiner berühmten Pflanzenfarm in Santa Rosa in Kalifornien sind ihm die erstaunlichsten züchterischen Wunderwerke gelungen, so z. B. die Züchtung von Steinobst ohne Steinen, von staublosen Ralteen, die als Viehfutter geeignet waren usw. Natürlich vermochte er auch der Blumenwelt die phantastischsten Farben und Formen abzugewinnen und

Bereinsnachrichten.



Touristen-Verein „Die Naturfreunde“, Prag. Montag Aus-schussung im Verein der Arbeiter um 8 Uhr abends. Sonntag, 25. April: Kojod-Roldantal-Scharka. Zusammenkunft Bubender Vhř, um 8.30 Uhr, Abmarsch. Führer: Klcnf. — Sonntag, 25. April: Jns Elbtal: Proskowitz-Kamall-Dohe Wotrey. Zuf. 6.20 Uhr Raf., Abf. 6.40 Uhr. — Kontroll-marken-Ausgabe. Am Freitag von 7 bis 8 Uhr abends im Verein d. Arbeiter Haus Tpe-grafia, Smedky, 2. Stod.

Turnen und Sport.

V. Kreis. (Unsere Kreidvorturnerkunde) am Sonntag, den 25. April, findet in Tepliz-Schönau am T. J. K. Platz (Schwalderstr.) statt. Da es eine allgemeine Vorturnerkunde ist, so erwarten wir eine starke Beteiligung der Männer-, Frauen- und Kinder-Turnvereine. Beginn 8 Uhr vormittags. Austrittsraum am T. J. K. Platz. Diese Vorturnerkunde hat den Zweck, die Vorturnerkunde mit dem gesamten Turnstoff zu unserem Kreidfest bekannt zu machen, etwaige Fehler in Haltung und Ausführung zu beseitigen, um zu Pfingsten eine einheitliche, muster-gültige Wiedergabe zu erzielen. Die Uebungen werden auch mit Musik begleitet. Gleichzeitig hat der 2. Bezirk seine Kinderabteilungen am Platz, so daß die Vorturner auch mit diesem Zweig vollkommen vertraut werden. Die Vorturnerkunde soll aber daneben dem technischen Ausschuss Fingerzeige geben, damit zum Festtage die Uebungsfolge eine reibungslose Abwicklung erfährt. Die Vorturnerkunde ist also ein kleiner Auftakt zum Kreidfest. Wir hoffen daher, alle Vorturner pünktlich im Platz zu finden. Die Vorturnerkunde findet bei jeder Witterung statt. Der Kreidsturmwart

Turner und Turnerinnen! Sportler und Sportlerinnen! Macht für eine massenhafte Beteiligung an der 1. Mafieier! Leitung V. Kreis.

Herausgeber Dr. Ludwig Czech
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Niehner.
Druck: Deutsche Zeitungs-A.G. Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Hoff.

Julius Deutsch: Proletarische Wehrhaftigkeit

im Kampfe gegen den Faschismus.

Erscheint Ende April. Etwa 120 Seiten stark. Preis ca. 15 Kc.

Vorausbestellungen nimmt entgegen:

VOLKSBUCHHANDLUNG
Kremsor & Co.,
TEPLITZ-SCHÖNAU,
Theresien-gasse 18-20

Kleine Chronik.

Karthago und Kairouan.

Tunis, Anfang April 1926.

Wo heute Sidi-Bou-Zaid liegt, auf dem weit ins Meer vorspringenden Hügel, war im Altertum das Kap Karthago, der äußerste Punkt der großen Handels- und Hafenstadt und gefährlichen Rivalin Roms. Dort, wo heute ein kleiner, vom blauen Meer umsäumter, von Landchaftsmalern immer wieder aufgesuchter Villenort, eine Vorstadt von Tunis liegt, wurde vor mehr als zwei Jahrtausenden um die Vorherrschaft im westlichen Mittelmeer gestritten. Wenige hundert Meter vom Kap Karthago entfernt breitete sich die Stadt selbst aus, die dem gewaltigen Rom so arge Schwierigkeiten verursachte. Die Römer haben, als sie die Stadt im Jahre 146 v. Chr. dem Erdboden gleichmachten, gründliche Arbeit geleistet. Man hat noch immer nicht eindeutig den Platz feststellen können, wo die Stadt gelegen war. Die spärlichen Stadtreste, die man heute sieht, sind nicht die Reste des punischen, sondern des römischen Karthago, das schon wenige Jahrzehnte nach der Zerstörung der Punierstadt neu aufgebaut wurde und in der Kaiserzeit wieder zu großer Bedeutung gelangte. Von dieser Stadt können die Trümmer, die man heute sieht, gar keine Vorstellung geben, und der dürftige Eindruck, den man empfängt, wird noch dadurch gestört, daß das Kloster, das sich auf dem Boden des alten Karthago breitgemacht hat, im Amphitheater auf den Trümmern ein Kreuz errichten ließ. Was man an Statuen, Inschriften, Sarkophagen und kunstgewerb-

lichen Gegenständen gefunden hat, ist in einem interessanten Museum im Kloster sorgfältig gesammelt.

Sechs Eisenbahnstunden von Tunis entfernt liegt Kairouan, die heilige Stadt des Islams. Mitten in der kümmerlich bewachsenen grauen Steppe erheben sich plötzlich die weithin leuchtenden weißen Kuppeln der großen Moscheestadt, die nächst Mekka, der Geburtsstätte des Propheten, das größte religiöse Zentrum des Islams und der bedeutendste Wallfahrtsort der Araber ist. Die heilige Stadt, die schon im frühen Mittelalter, im siebenten Jahrhundert, gegründet wurde, ist durch eine Moschee Sidi Oubas, des großen arabischen Eroberers, berühmt geworden. Mit einer Fülle von griechischen, römischen und byzantinischen Säulen ist diese Große Moschee geschmückt; die Araber haben aus allen Weltgegenden Marmor Säulen zusammengetragen, um ihre Große Moschee in Kairouan zu schmücken. Ein hohes Minarett, von dem aus man die Moscheenstadt sehr gut übersehen kann, ist neben den Marmor Säulen der einzige Schmuck der Großen Moschee.

Biel reicher und schöner ist die „Moschee des Barbiers“, die ihren Namen daher hat, weil in ihr ein Schüler und Begleiter des Propheten begraben sein soll, der — wie es heißt — immer drei Haare aus dem Bart Mohammeds bei sich getragen hat. Ein heller, von zierlichen Säulen geschmückter Hof zeigt die ganze Farbenpracht orientalischer Kunst; bunte Fayencen, prachtvolle Steinarbeiten geben dem ganzen ein eigenartiges Gepräge. Der Gebetsraum selbst ist klein, aber um so reicher mit bunten Marmorarbeiten geziert. Für die Frauen, die tief verschleiert zur Wallfahrt kommen, ist ein eigener Raum neben dem Grabe des Prophetenschülers vorbehalten.

Die Moschee des Barbiers liegt vor den

Mauern der Stadt. Hier herrscht das lebhafteste Getriebe. Große Kamelherden weiden vor dem Wallfahrtsort, denn die Nomaden und die Araber, die von weither die Wallfahrt antreten, durchqueren die Wüste oder die Steppe auf Kamelen. Mitten unter den Kamelen weiden Ziegen- und Schafherden, Kinder, Maultiere, Pferde, die auf den großen Markt von Kairouan gebracht werden. Unmittelbar nach der Ernte, Ende April und Anfang Mai, ist der Strom der Wallfahrer am stärksten. Selbstverständlich schließt sich an die Wallfahrt auch der Viehhandel und der Einkauf von Kleidungsstücken. Der Markt von Kairouan — zum Teil Läden in gedeckten Gängen, in den sogenannten Souks wie in Tunis — ist sehr groß. In keiner Stadt fehlt so sehr wie in Kairouan der europäische Einfluss, trotzdem die europäische Touristen in großer Zahl diese interessante und in ihrer Art sehr reizvolle Stadt aufsuchen. Die kleine europäische Siedlung, die wie ein Stiefkind vor den Toren der Stadt liegt, ist völlig bedeutungslos geblieben. Kairouan ist noch ganz die mittelalterlich-islamitisch-arabische Moscheenstadt.

viele Pflanzen in einer Zeit zum Blühen und Reifen zu bringen, in der sie früher noch nicht einmal Keime angefaßt hatten.

Er bekommt die Leviten gelesen? Woher kommt dieser Ausdruck? Nur wenigen dürfte es bekannt sein, daß er von den Leviten herrührt, den Nachkommen des Levi, die in vier Klassen eingeteilt waren. So gab es Priester und Diener, welche den öffentlichen Gottesdienst zu besorgen hatten, Tüchtler, Sänger und Musiker, und schließlich Richter, welche das Gesetz zu behüten hatten. Wurde es übertreten, so gab es einen Verweis. Die Leviten lasen dem Uebeltäter die Paragraphen, gegen welche er verstoßen hatte, vor. Daher heute noch der Ausdruck: „Die Leviten lesen.“

Tatarische Kaufhe. Der tatarische Sowjet in Dagestan (Kantafus) hat offiziell Stellung zu der Erfahrung genommen, daß die Eltern für ihre Töchter so hohe Kaufpreise zu verlangen pflegen, daß viele Männer unverheiratet bleiben müssen. Der Sowjet beschloß daher, in Zukunft einen genaueren Kaufpreis für junge Mädchen, die verheiratet werden sollen, festzusetzen, der in keinem Falle mehr als 120 Rubel in bar, zwei Beuten, zwei Decken und zwei Rissen betragen darf. Ferner wurde unter Hinweis auf die Wahrnehmung, daß die an Hochzeitsfeiern teilnehmenden jungen Leute allzu stark dem Alkoholgenuß frönen und in betrunkenem Zustande allerlei Skandale, Schiebereien u. ä. m. betreiben, die oft einen gefährlichen Ausgang nehmen, der Beschluß gefaßt, künftig die Veranstaltung von besonderen Hochzeitsfeiern überhaupt nicht mehr zu gestatten, mit Ausnahme von Hochzeitsfeierlichkeiten zu Ehren der Revolution.